



Verweigerung und Abbruch

Gescheiterte Anwerbeversuche der Stasi

Vorlauf-IM (Vorgang/ Akte) (Deckname)

IMS (Kategorie) Reg.-Nr. VII 589/69

..... (Delikt)

Bezirk **Magdeburg** Abt./KD XVIII/2/E

Mitarbeiter Peter

angelegt am 28.8.69

umregistriert am zum

beendet am 19.7.1972 wegen Ablehnung
- will keinen „Epikurelerdienst“ leisten
1PA: A.-Nr. 506/72

V 0286 760 259.0 Form 77



Impressum**Herausgeber**

Bundesarchiv

Stasi-Unterlagen-Archiv

Bildungsteam

10106 Berlin

E-Mail: bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Stand

Berlin, 2022

Layout und Umschlaggestaltung

Pralle Sonne, Mediendesign,

Berlin

Umschlagfoto

BArch, MfS, BV Magdeburg, AIM 506/72

Karteikarte der Stasi mit dem Vermerk der abgelehnten Zusammenarbeit

Redaktion

Bettina Altendorf, Axel Janowitz

Nachdruck und andere Formen der Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung.
Frei für die Nutzung durch öffentliche Träger im Bereich historisch-politische Bildung

Inhalt

Einleitung	3-4
Literaturempfehlungen und Link-Tipps	5
Allgemeine Hinweise und didaktische Vorbemerkungen	6
Stasi-Unterlagen als Textquelle	7
Beispiele aus Stasi Akten	
1953, Sachsen. Im Visier: Junge Gemeinde	8
Dokument 1: Vorschlag zur Anwerbung als Geheimer Informator, 17.3.1953	9-11
Dokument 2: Verpflichtung, 1.4.1953	12-13
Dokument 3: Bericht über die Verpflichtung, 2.4.1953	13-15
Dokument 4: Bericht zum Treff mit dem GI, 13.4.1953	16-17
Dokument 5: Bericht zum Treff mit dem GI, 27.4.1953	18-19
Dokument 6: Entpflichtung, 18.5.1953	20
Dokument 7: Bericht über die Zusammenarbeit mit dem GI, 9.9.1953	21
Dokument 8: Beschluss über das Abbrechen der Verbindung, 9.9.1953	22
Abkürzungen und Erläuterungen	23
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten	24
1963, Thüringen. Im Visier: Grenzsicherung	25
Dokument 1: Bericht zum Kontaktgespräch, 30.7.1963	26
Dokument 2: Bericht über das Werbungsgespräch, 13.9.1963	27-28
Abkürzungen und Erläuterungen	29
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten	30
1968, Sachsen-Anhalt. Im Visier: Telefon in den Westen	31
Dokument 1: Bericht über das Kontaktgespräch, 3.9.1968	32-33
Dokument 2: Bericht über das Kontaktgespräch, 13.9.1968	34-35
Dokument 3: Aktenvermerk, 2.1.1969	36-37
Dokument 4: Verpflichtung	38-39
Dokument 5: Versuchte Werbung eines IMS, 14.1.1969	40
Abkürzungen und Erläuterungen	41
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten	42
1974, Mecklenburg-Vorpommern. Im Visier: Verkehr	43
Dokument 1: Abschlussbericht, 11.7.1974	44-45
Dokument 2: Gründe für das Einstellen	46
Abkürzungen und Erläuterungen	47
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten	48

1978, Sachsen. Im Visier: Blueser und Trampler	49
Dokument 1: Begründung der Notwendigkeit der Schaffung eines VL-IM, 16.3.1978	50
Dokument 2: Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 20.3.1978	51
Dokument 3: Bericht über die Kontaktaufnahme, 27.3.1978	52-53
Dokument 4: Bericht über das Kontaktgespräch, 28.3.1978	54
Dokument 5: Bericht über den Treff mit dem VL-IM, 19.6.1978	55
Dokument 6: Bericht über den Treff mit dem VL-IM, 3.7.1978	56
Dokument 7: Abschlusseinschätzung, 12.1.1980	57
Abkürzungen und Erläuterungen	58
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten	59
1984, Berlin. Im Visier: Skinheads	60
Dokument 1: Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 5.11.1984	61-65
Dokument 2: Bericht über die Kontaktaufnahme, 26.4.1985	66-67
Dokument 3: Bericht über das Kontaktgespräch, 20.8.1985	68-69
Dokument 4: Vorschlag zur Ablage des IMS-Vorlaufs „Igel“, 17.9.1985	70
Abkürzungen und Erläuterungen	71-72
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten	73
1986, Brandenburg. Im Visier: Opposition in Potsdam	74
Dokument 1: Vorschlag zur Anlage eines IM-Vorlaufs, 9.2.1985	75-77
Dokument 2: Abschlussbericht zur Archivierung des IM-Vorlaufs, 26.7.1988	78-79
Abkürzungen und Erläuterungen	80
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten	81
1988, Mecklenburg-Vorpommern. Im Visier: Schule	82
Dokument 1: Anforderungsbild für einen IMS aus dem Bereich Jugend, 1.5.1988	83-84
Dokument 2: Bericht über das Bekanntwerden des IM-Kandidaten, 1.6.1988	85
Dokument 3: Abschlussbericht zum IMS-Vorlauf, 5.9.1988	86-87
Abkürzungen und Erläuterungen	88
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten	89

Einleitung

Wie kam die Stasi zu ihren inoffiziellen Mitarbeitern? Wie ging sie vor? Welche Methoden wandte sie an, um Menschen als Informanten für den Staat zu gewinnen?

Schon bald nach ihrer Gründung am 8. Februar 1950 baute die Stasi – das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – zusätzlich zu ihren Dienststellen mit den Hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch ein Netz aus heimlichen Spitzeln auf. Da es bis 1990 keine freien Wahlen, keine freie Presse und stattdessen einen hohen Anpassungsdruck an ein normiertes Verhalten für die Bevölkerung in der DDR gab, war es für die Regierung schwierig, sich ein realistisches Bild von der tatsächlichen Stimmung im Land zu machen. Insbesondere nach dem 17. Juni 1953, als sich in allen Regionen der DDR überraschend lautstarker und massiver Protest gegen die Regierung Bahn gebrochen hatte, verstärkte die Stasi das Aushorchen der eigenen Bevölkerung mit Hilfe privater Informanten. Diese nannte sie bis in die 1960er Jahre „Geheime Informatoren“ (GI) oder „Geheime Mitarbeiter“ (GM), danach „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM). Im Sprachgebrauch der Stasi wurde nur die männliche Form verwendet. Diese Informanten sollten im Geheimen – in der Sprache der Stasi „konspirativ“ – Gefährdungen für die Herrschaft der SED erkennen und melden und wurden so Teil der „Maßnahmen“ der Stasi zur Überwachung und Kontrolle der Menschen in der DDR. Inoffizielle Mitarbeiter bewegten sich daher stets heimlich und unauffällig beispielsweise in systemkritischen Kreisen oder berichteten routinemäßig und ohne konkreten Anlass über private Äußerungen in ihrem Kollegenkreis oder ihre persönlichen Eindrücke bei beruflichen Kontakten im In- und Ausland: Die Aufträge des MfS für die IM und die Verwendung der Informationen, die das MfS von ihnen erhielt, waren vielfältig.

Ernst Wollweber, Staatssekretär und Minister für Staatssicherheit 1953-1957, bezeichnete diese heimlichen Mitarbeiter 1957 als „Atmungsorgane“ der Stasi. Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit 1957-1989, nannte sie 1979 die „Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind“¹. Entsprechend sorgfältig legte das MfS den Prozess der „Anwerbung“ eines IM mit Vorschriften und Richtlinien fest. Dazu gehörte es, dass Stasi-Mitarbeiter den „Kandidaten“ zunächst genau überprüften und ihn umfangreich auskundschafteten,

bevor sie die Person ansprachen, die sie für eine inoffizielle Zusammenarbeit gewinnen wollten – dieser Prozess war der vom MfS so genannte Vorlauf. Die Auswahl und Ansprache eines potentiellen inoffiziellen Mitarbeiters erfolgten demnach nie zufällig. Der oder die Angesprochene jedoch war in der Regel ahnungslos, dass er oder sie diese Art von Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte.

Jede geplante Anwerbung wurde von den zuständigen Mitarbeitenden des Ministeriums den Vorgesetzten zur Genehmigung vorgelegt und die Gesprächsführung für die Kontaktaufnahme organisatorisch und inhaltlich vorbereitet. Es wurden die Themen festgelegt, durch die dem „Kandidaten“ die Notwendigkeit seiner Mitarbeit nahegebracht werden sollte, und notiert, wie auf eventuelles Zögern reagiert, wie mit Ablehnung umzugehen sei. Die Anwerbestrategien waren individuell auf die jeweiligen „Kandidaten“ abgestimmt. Manche sollten vorgeblich „die Sicherung des Weltfriedens“ unterstützen, andere „Feinde der Republik“ ausfindig machen, wieder andere die „Errungenschaften des Sozialismus“ sichern helfen. Nicht selten drohte das MfS mit negativen Folgen für die „Kandidaten“, falls sie die Zusammenarbeit ablehnen sollten, oder es versprach Vergünstigungen bei Zustimmung. Doch wie wohlüberlegt die Stasi auch auf die „Kandidaten“ einwirkte, der Erfolg einer Anwerbung war nicht garantiert.

Protokolliert und archiviert wurden durch die Stasi sowohl erfolgreiche als auch fehlgeschlagene Anwerbeversuche. Die Öffnung der Archive und die Akteneinsicht in Stasi-Unterlagen nach dem Ende der DDR förderte beides zutage. Die vorliegende Themenmappe macht ausgewählte Fälle zugänglich, in denen die Anwerbung aus unterschiedlichsten Gründen misslang. Sie zeigt dabei sowohl die zum Teil jahrelange Vorarbeit der Stasi-Mitarbeiter als auch die zum Teil schnelle Beendigung eines Unterfangens bei einer Ablehnung der Zusammenarbeit. So unterschiedlich die Strategien des MfS waren, so unterschiedlich waren die „Kandidaten“ und ihre Reaktionen.

Welche Folgen eine Ablehnung für die „Kandidaten“ hatte, ist aus den eingesehenen IM-Vorlauf-Akten nicht ersichtlich. Nur mit unverhältnismäßigem Aufwand wäre es zudem möglich, alle Unterlagen des MfS auf gescheiterte Anwerbeversuche durchzusehen, denn das MfS selbst hat eine solche Statistik nicht geführt. So können gescheiterte Versuche auch zahlenmäßig nicht ins Verhältnis gesetzt werden zu gelungenen Werbungen, die in der Statistik des MfS festgehalten sind. Ebenso kann man die Gründe für eine gescheiterte Anwerbung nicht verallgemeinern.

¹ Richtlinie 1/79, S. 7; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 26648, Bl. 10, in: stasi-mediathek.de und Müller-Enbergs, Helmut: Die Inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 2001.

Die Strategien des MfS bezüglich inoffizieller Mitarbeiter und die internen Vorgaben zur Gewinnung solcher Mitarbeiter veränderten sich in 40 Jahren DDR und MfS. Immer jedoch scheint, dass es für die Angesprochenen nie leicht war, „Nein“ zu sagen zum Ministerium für Staatssicherheit oder sich durch andere Weise dem Zugriff zu entziehen. Die Angesprochenen wussten nicht, ob und wenn ja, welche Folgen eine Weigerung haben könnte. Alle „Kandidaten“ – auch wenn sie ablehnten – wurden zum Schweigen verpflichtet. Der Bruch dieses Schweigens, auch in der Situation der Werbung, scheint laut Aktenlage eine Methode gewesen zu sein, sich dem MfS zu entziehen, sei es im Zusammenhang der Anwerbung wie bei dem Beispiel im Fall aus dem Jahr 1953 oder wenn ein IM die Seiten wechselte, wie bei Wolfgang Templin, der nach rund zwei Jahren als IM zu einem aktiven Bürgerrechtler wurde. Die Offenbarung des Geheimnisses passte nicht zum Auftrag der heimlichen, inoffiziellen Mitarbeit.

Heute finden wir in den Stasi-Unterlagen etliche Berichte über das Vorgehen, die Gespräche und die Reaktionen der „Kandidaten“. Aufgeschrieben durch und daher immer nur aus der Sicht der jeweiligen Stasi-Mitarbeitenden. Gedanken, Gefühle, Zweifel oder der spätere Lebensweg der Angesprochenen bleiben uns unbekannt. Zu berücksichtigen ist bei der Auswertung von Stasi-Akten darum immer, dass sie Ausschnitte aus einem Leben zeigen, eine Momentaufnahme sind, Splitter einer Begegnung – und dass über die „Kandidaten“ nach den Kriterien des MfS und den Arbeitsaufgaben geschrieben und geurteilt wird. Wir lesen nie deren Sicht der Ereignisse.

Die Unterlagen werfen daher oft mehr Fragen auf als dass sie Antworten geben. Damit laden die Dokumente geradezu ein, sie zu interpretieren und in die Situation ihrer Entstehung einzutauchen. Sie fordern nachgerade, Zusammenhänge zum Zeitgeschehen zu erkennen oder den Perspektivwechsel mitzudenken, wie sich der von einem Stasi-Mitarbeiter notierte Moment wohl für den Angesprochenen angefühlt haben könnte.

Entstanden ist diese Themenmappe u. a., weil Schülerinnen und Schüler bei den Projekttagen des Bildungsteams beim Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv, immer wieder fragen, ob es möglich war, eine IM-Tätigkeit für die Stasi abzulehnen. Die Dokumente in dieser Mappe zeigen, dass es möglich war, „Nein“ zu sagen oder sich der Begehrlichkeit der Stasi zu entziehen. Sie zeigen ebenso, dass es nicht leicht war. Die Fallauswahl ist aber keine repräsentative Übersicht. Und sie soll auch nicht so verstanden werden, dass im

Umkehrschluss alle, die „Ja“ gesagt haben, automatisch als willfährige Handlanger und Spitzel zu betrachten sind. Die Lebenswege der „Kandidaten“, die in eine inoffizielle Mitarbeit eingewilligt haben, ihre Motivation und ihr persönliches Verhalten sind ebenso individuell zu betrachten wie die Lebenswege derer, die sich verweigerten oder von denen sich die Stasi zurückzog.

Als „Gegen“-beispiele zu unserer Fallauswahl gescheiterter Anwerbeversuche empfehlen wir daher Aktenauszüge über eine erfolgreiche Anwerbung in „Quellen für die Schule 1“: Jugendliche Inoffizielle Mitarbeiter (IM) – IM „Shenja“ des Bildungsteams. Der Fall zeigt Dokumente zu einer 17-jährigen Schülerin, die „Ja“ sagte, als das MfS sie um inoffizielle Mitarbeit anging, und dann fast fünf Jahre lang IM war. Auch in „Quellen für die Schule 3“: „DDR – eingesperrt“ zeigen Dokumente über einen Tatverdächtigen, dass er sich im Gefängnis zwar verpflichtete, IM für die Stasi zu werden – kaum auf freiem Fuß dies aber widerrief. Schon diese beiden Beispiele zeigen, dass Verallgemeinerung und ein pauschales Urteil nicht möglich sind. Genau so individuell sollen auch die vorliegenden Fälle verstanden werden, die zeitlich von den 1950er Jahren bis in die letzten Jahre der DDR reichen, räumlich Beispiele aus der ganzen DDR abbilden.

Für die kollegiale Zuarbeit der Fälle aus den Regionen danken wir den Kolleginnen und Kollegen der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Literaturempfehlungen und Link-Tipps

Literaturempfehlungen

Florath, Bernd: Die Inoffiziellen Mitarbeiter. In: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abteilung Bildung und Forschung (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei, Berlin 2015

Kerz-Rühling, Ingrid/Tomas Plänklers: Verräter oder Verführte. Eine psychoanalytische Untersuchung Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi. Ch. Links Verlag, Berlin 2004

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi konkret - Überwachung und Repression in der DDR. C.H. Beck-Verlag, München 2013

Müller-Enbergs, Helmut: Zur Kunst der Verweigerung – Warum Bürger nicht mit dem Ministerium für Staatssicherheit kooperieren wollten, in: Ingrid Kerz-Rühling und Tomas Plänklers (Hg.): Sozialistische Diktatur und psychische Folgen. Psychoanalytisch-psychologische Untersuchungen in Ostdeutschland und Tschechien. edition discord, Tübingen 2000

Müller-Enbergs, Helmut: Über Ja-Sager und Nein-Sager. In: Hecht, Marco; Praschl, Gerald: Ich habe Nein gesagt. Zivilcourage in der DDR. Kai Homilius Verlag, Berlin 2002

Müller-Enbergs, Helmut: Die inoffiziellen Mitarbeiter. In: BStU: Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden. Berlin 2008 (auch als PDF auf www.stasi-unterlagen-archiv.de)

Link-Tipps

www.stasi-unterlagen-archiv.de

Auf der Website des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagenarchivs finden Sie zahlreiche Informationen, Fallbeispiele, Dokumente und Berichte zum Wirken der Stasi in der DDR, außerdem ein Lexikon zu Stasi-Begriffen – etwa zu „IM-Vorlauf“ oder „IM-Kandidat“ – sowie Erläuterungen zu Anträgen auf Akteneinsicht und zu aktuellen Veranstaltungen über die Stasi.

www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung

Unter diesem Link finden Sie die vorliegende Mappe online, außerdem zahlreiche weitere, für den Unterricht aufbereitete Mappen und Quellen zu unterschiedlichen Themen. Zur vorliegenden Mappe „Verweigerung und Abbruch“ empfehlen wir zum Einstieg den Foliensatz, der die Dimension der Überwachung durch den Apparat des Ministeriums für Staatssicherheit, die Anzahl hauptamtlicher wie Schätzungen der Anzahl inoffizieller Mitarbeiter, Selbstverständnis und Methoden der Stasi grafisch veranschaulicht.

www.jugendopposition.de

Das Ergebnis einer Kooperation der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. ist ein multimediales Internetangebot über die Auflehnung von Jugendlichen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Kernstück des Multimedia-Projekts sind 24 Biografien junger Menschen, die gegen die politischen Verhältnisse in der DDR aufbegehrt haben.

Allgemeine Hinweise und didaktische Vorbemerkungen

Das Material ist in Fälle gegliedert, die Anwerbeversuche des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) für inoffizielle Mitarbeit in allen Jahrzehnten DDR und allen heutigen östlichen Bundesländern anhand von Stasi-Unterlagen belegen. Diese Aktenauszüge können von Einzelnen oder von Kleingruppen erarbeitet werden. Es ist nicht nötig, dass alle Schülerinnen und Schüler alle Fallbeispiele lesen oder alle Fragen beantworten. Zu betonen ist, dass die Sammlung von Beispielen nicht alle Anwerbeversuche und Anwerbeformen des MfS wiedergibt.

Die Namen der damaligen „Kandidaten“ haben wir durch Pseudonyme ersetzt, da das Stasi-Unterlagen-Gesetz den Schutz des Persönlichkeitsrechts für Menschen vorschreibt, die nicht mit dem MfS zusammengearbeitet haben. Historische Begriffe und Zusammenhänge, Fachvokabeln und Abkürzungen stehen jeweils in einem Abkürzungs- und Erläuterungsverzeichnis.

Mit Hilfe der Themenmappe können Lernende Sachkenntnisse und Urteilskompetenz entwickeln und zu eigenständiger Geschichtswahrnehmung kommen. Die Lernenden untersuchen die historischen Quellen und das Handeln der Akteure, können historische Entwicklungen und Veränderungen nachvollziehen und aus unterschiedlichen Perspektiven Motivation und Ergebnis der geschilderten Vorgänge erörtern. Die besondere Herkunft der Quellen aus dem Stasi-Archiv macht zudem eine fundierte Quelleninterpretation nötig, wie auch der zeitliche Zusammenhang zusätzliche Recherchen nötig machen kann. Kurze einleitende Texte zu den einzelnen Fällen gewährleisten eine grundsätzliche Einführung in die historische Situation, sodass zusätzliche Arbeit nur zur Vertiefung der Epochenkenntnis nötig ist.

Schülerinnen und Schüler ab der Klassenstufe 10 können für das Themenfeld „Kalter Krieg“ durch die Quellen einen Eindruck bekommen, wie das MfS bei dem Versuch, Menschen zu inoffizieller Zusammenarbeit zu bewegen, vorgeht. Sie erfahren auch, unter welchem Druck Menschen standen, wenn sie nichts mit dem MfS zu tun haben wollten, und die Reaktion der Stasi auf ein „Nein“. Für den Berliner und Brandenburger Geschichtsunterricht ist die Mappe geeignet für das Wahlmodul „Feindbilder“ in der Doppeljahrgangsstufe 9/10.

Die Fallbeispiele ermöglichen den Einsatz im fächerverbundenen Unterricht, da sie zur politischen Meinungsbildung ebenso anregen wie zur Einordnung in die spezifische historisch-politische Geografie Deutschlands nach 1945. Zusätzlich eignen sich die Fallbeispiele für die Erörterung ethischer und moralischer Grundsätze über zulässiges oder unzulässiges Handeln von Individuen und die Gestaltung gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Gegenwart.

Stasi-Unterlagen als Textquelle

Bei Stasi-Unterlagen handelt es sich sowohl um Berichte, Protokolle oder andere Texte, die von der Geheimpolizei verfasst wurden, als auch um persönliche Dokumente der Überwachten, beispielsweise um einbehaltene Briefe und Fotos.

Im Alltagsgeschäft entschied die Stasi selbstständig, wen sie für verdächtig oder beobachtenswert hielt, wie viele und welche Informationen sie über die „Zielperson“ sammelte und welche Maßnahmen sie einleitete. Um in das Visier der Stasi zu geraten, genügten mitunter kritische Äußerungen am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit oder im Freundeskreis, wenn dort inoffizielle Mitarbeiter eingeschleust waren.

Viele Stasi-Unterlagen wurden unter Verletzung der Menschenrechte gesammelt.

Aussagewert der Quellen

- Als Geheimpolizei und Geheimdienst war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) an überprüfbaren und gesicherten Fakten interessiert.
- Die Unterlagen waren in der Regel nur für kleinste, geschlossene Kreise gedacht und dienten nicht der propagandistischen Außenwirkung des Ministeriums.
- Der Sachinhalt der Unterlagen ist weitgehend zuverlässig – politische oder Charaktereinschätzungen sind hingegen stets kritisch zu lesen, da sie ausschließlich die Perspektive der Stasi oder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wiedergeben.
- Oberstes Ziel aller Mitarbeiter des MfS war der Schutz der SED. Die Interpretationen, Wertungen und Schlussfolgerungen, die in den Unterlagen zum Ausdruck kommen, unterlagen diesem Ziel.

Hilfsfragen zur Quelleninterpretation

- Wer hat die Quelle geschrieben?
- Weshalb wurde die Quelle geschrieben?
- Für wen wurde die Quelle geschrieben?
- Wann wurde die Quelle verfasst?
- Welchen Sachverhalt schildert die Quelle?
- Handelt es sich um einen Vordruck, Maschinenschrift oder Handschrift und lässt dies Rückschlüsse zu?
- In welchem geheimdienstlichen Zusammenhang steht das Dokument?
- In welchem zeitgenössischen Zusammenhang steht das Dokument? Spiegelt sich in ihm zum Beispiel ein besonderes Ereignis oder eine besondere politische Situation?

Im Visier: Junge Gemeinde

Seit 1945 gab es in evangelischen Kirchen in Ostdeutschland Gemeindegarbeit speziell für junge Menschen, die so genannte „Junge Gemeinde“. Die SED und ihre Jugendorganisation FDJ bekämpften die Junge Gemeinde seit Ende 1952 als „Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im USA-Auftrag“, so die Schlagzeile einer Sondernummer der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ im April 1953. Es folgten massive Repressalien gegen Gemeinden und deren Mitglieder.

Auftrag der Stasi war es, Beweise für den republikfeindlichen Charakter der Jungen Gemeinde zu finden. Im März 1953 versuchte sie daher, einen 18-jährigen Schüler, Mitglied der Jungen Gemeinde in Zschorlau, als Geheimen Informator (GI) zu gewinnen. Um seine Identität zu schützen, haben wir seinen und den Namen der Familie geschwärzt und nennen ihn Achim Tietge.

Dokument 1: Vorschlag zur Anwerbung als Geheimer Informator, 17.3.1953

Dokument 2: Verpflichtung, 1.4.1953

Dokument 3: Bericht über die Verpflichtung, 2.4.1953

Dokument 4: Bericht zum Treff mit dem GI, 13.4.1953

Dokument 5: Bericht zum Treff mit dem GI, 27.4.1953

Dokument 6: Entpflichtung, 18.5.1953

Dokument 7: Bericht über die Zusammenarbeit mit dem GI, 9.9.1953

Dokument 8: Beschluss über das Abbrechen der Verbindung, 9.9.1953

Abkürzungen und Erläuterungen
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten

BStU
000005

3)

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
Verwaltung "W" Chemnitz
Außendienststelle A U E

=====

An den
Leiter der Dienststelle "W"
Major W a g n e r

Aue, den 17.3.1953
Bkt/Schr.

im Hause

V o r s c h l a g

zur Anwerbung als Geheimer Informator

Ich schlage vor, den

Tietge, Achim [redacted], geb. am [redacted] 1935
in Zschorlau / Erzgeb.
Beruf: Schüler
wohnhaft: Zschorlau/Krs. Aue
[redacted]

als Geheimer Informator anzuwerben.

Der Tietge, Achim [redacted] ist [redacted] der Jungen Gemeinde der ev.-luth. Kirche in Zschorlau und hat als solcher die Möglichkeit uns Material über die Tätigkeit der Jungen Gemeinde in Zschorlau und darüber hinaus eventuell auch im Kreis zu bringen. Dadurch, daß die Junge Gemeinde in der letzten Zeit versucht die einheitliche Jugendorganisation der Freien Deutschen Jugend zu spalten und sich in ihren Reihen immer mehr republik-feindliche Elemente bemerkbar machen, die letzten Endes einen sehr großen Einfluß auf die gesamte Jugend ausüben, ist es notwendig über die Tätigkeit der Jungen Gemeinde genauestens informiert zu sein. Da in der Gemeinde Zschorlau die Sektentätigkeit sowie kirchliche Tätigkeit besonders stark ist und es dort die Junge Gemeinde fertig gebracht hat die Arbeit der FDJ fast völlig zu zerstören wurde festgelegt, in diesem Ort einen GI zu werben. Auf der Suche nach dafür geeigneten Personen stieß ich auf den .. Tietge

... Tietge stammt aus einer kleinbürgerlichen Familie. Sein Vater [redacted]

[redacted] gehörte der NSDAP an, wie es sich damals für einen typischen Kleinbürger gezielte, und machte auch die Politik der Nazis brav und treu mit. Wenn er nicht sonderlich in Erscheinung trat so ist dies nicht auf seine Abneigung gegen die faschistische Politik, sondern auf Bequemlichkeit zurückzuführen. Seinen ältesten Sohn ließ er eine NS-Ordensburg besuchen.

- 2 -

BStU
000006

Dieser Sohn ist später im Krieg gefallen. Dazu kommt noch die streng religiöse Einstellung seiner Frau der [REDACTED] geb. [REDACTED]. In diesem Milieu ist der .. Tietge, Achim aufgewachsen und erzogen worden. Wie in vielen anderen Fällen so auch hier wurden ehemalige Faschisten plötzlich streng religiös und zu übertrieben fleißigen Kirchenanhängern.

1949 hat Tietge die Volksschule verlassen und besuchte anschließend die Oberschule in Schneeberg, von der er dann Ende 1952 wieder abging. Wie bekannt ist, soll er die Zwischenprüfung nicht bestanden haben. Er ist jetzt zu Hause im elterlichen Geschäft mit tätig.

Die politische Einstellung des .. T. ist nicht klar erkennbar. Er selbst beteiligt sich in keiner Weise am gesellschaftlichen Leben, sondern hält sich völlig zurück. ... T. weicht politischen Diskussionen jeder Art aus. Es ist jedoch anzunehmen, daß seine Einstellung genau wie die seiner Umgebung einerseits der Eltern und andererseits der Jungen Gemeinde negativ ist. In seinem Elternhaus wird ständig der Hetzsender Rias gehört. Seine Eltern sind innerlich gegen die DDR, wenn sie es auch vorsichtshalber nicht zum Ausdruck bringen. Einen großen Teil seiner Zeit nimmt die Mitarbeit in der Jungen Gemeinde ein. ... [REDACTED]

[REDACTED] fanatischen Christen nennen, der sich von der Außenwelt bis zum gewissen Grade abschließt und nur der Kirche lebt. Seine Leidenschaft ist die Musik. [REDACTED]

[REDACTED] Wie er selbst sagte ist es sein Wunsch sich später musikalisch weiterzubilden und sich speziell dem Gebiet der Kirchenmusik zuzuwenden. Ansonsten ist er leidenschaftslos. Er raucht und trinkt nicht, interessiert sich nicht für Mädchen und geht nicht einmal ins Kino. Seine einzigen Abwechslungen sind die Musik und Kirche. Der Charakter des T. ist offen, aber etwas zurückhaltend. ... T. ist intelligent und sehr belesen. Außerdem kann er gut sprechen. [REDACTED]

Mitglied der FDJ oder einer anderen Organisation ist er nicht. Er gehörte zum Beispiel mit zu den Mitgliedern der Jungen Gemeinde, die zum FDJ-Sekretär [REDACTED] kamen und verlangten, daß er seine Aussagen über die J.G. die er auf einer FDJ-Konferenz gemacht hat, zurücknehmen soll.

- 3 -

BStU
000007

5)

Sein Umgang besteht aus dem ehemaligen HJ-Gefolgschaftsführer und Mitglied der NSDAP dem jetzigen Organisator der Jungen Gemeinde in Zschorlau [REDACTED]. Der ebenso wie ... T. selbst ein fanatischer Kirchenanhänger ist. Ferner verkehrt er noch mit dem Klempner [REDACTED], ca. 18 Jahre alt, sowie dem Oberschüler [REDACTED]. Beide sind ebenfalls Mitglieder der Jungen Gemeinde, die jede gesellschaftliche Tätigkeit ablehnen. Befreundet ist der ferner mit sämtlichen Mitgliedern des Posaunenchores.

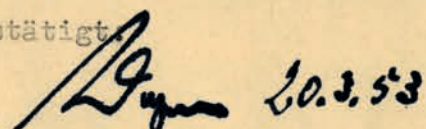
Es ist geplant bei Bestätigung des Vorschlages den T. nach Aue zum Kreismeldeamt wegen einer Paßangelegenheit zu bestellen. Von da aus soll er dann mit zur Dienststelle gebracht und hier verpflichtet werden. Die Verpflichtung selbst soll auf Überzeugungsbasis von Statten gehen.

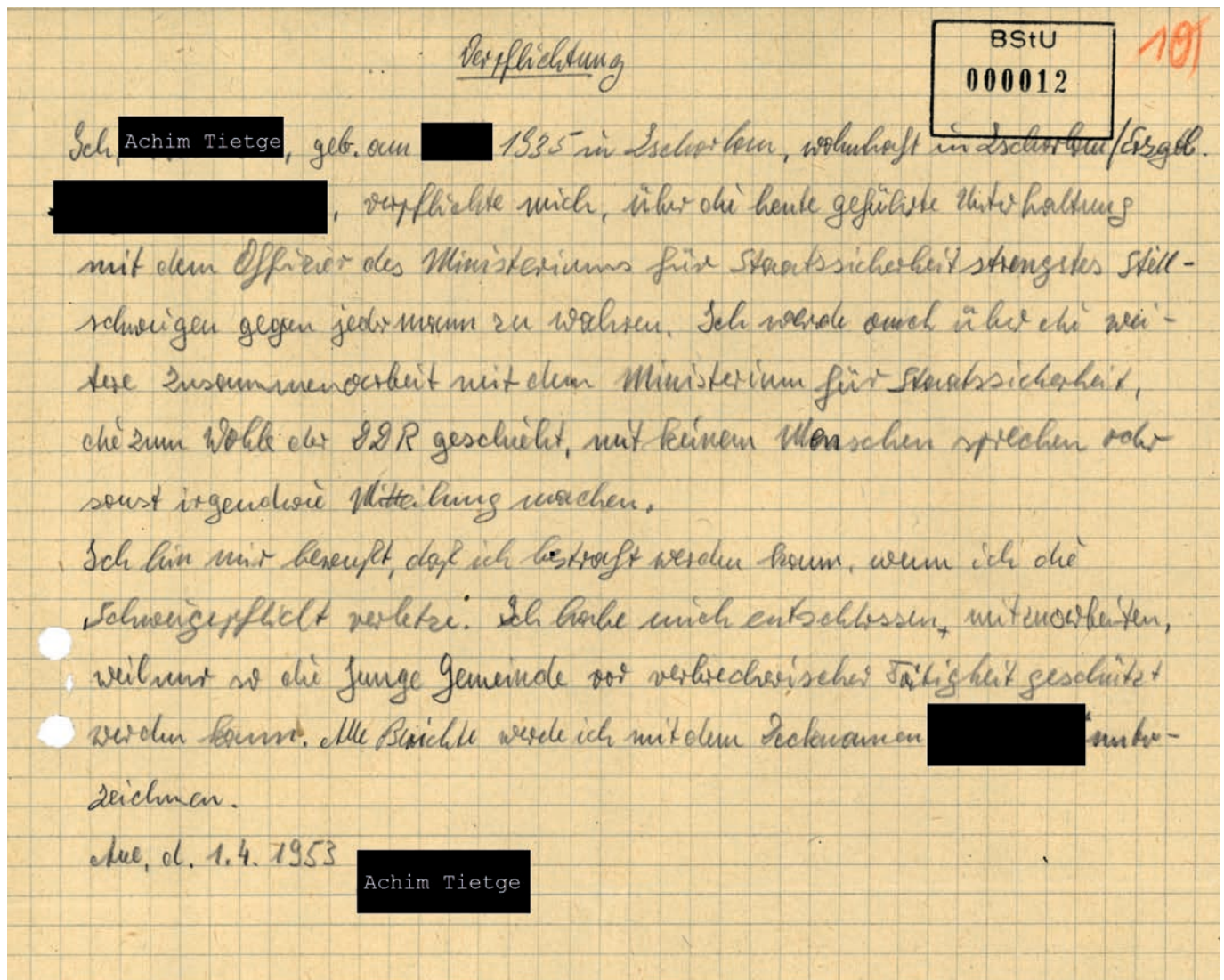
Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß der T. gute Möglichkeiten besitzt uns über das Leben der Jungen Gemeinde zu informieren [REDACTED]

Ich bitte daher um Bestätigung dieses Vorschlages.


 (Burkert)
 Hauptmann

Bestätigt


 (Wagner)
 Major u. Dienstst.-Ltr.



Verpflichtung

Ich,, geb. am ...1935 in Zschorlau, wohnhaft in Zschorlau/Erzgeb.
 ..., verpflichte mich, über die heute geführte Unterhaltung
 mit dem Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit strengstes Still-
 schweigen gegen jedermann zu wahren. Ich werde auch über die wei-
 tere Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit,
 die zum Wohle der DDR geschieht, mit keinem Menschen sprechen oder
 sonst irgendwie Mitteilung machen.

Ich bin mir bewußt, daß ich bestraft werden kann, wenn ich die
 Schweigepflicht verletze. Ich habe mich entschlossen mitzuarbeiten,
 weil nur so die Junge Gemeinde vor verbrecherischer Tätigkeit geschützt
 werden kann. Alle Berichte werde ich mit dem Decknamen „...“ unter-
 zeichnen.

Aue, d. 1.4.1953

Unterschrift

Aue, den 2. 4. 1953

BStU
000013B e r i c h t

Tietge, Achim

über die Verpflichtung des

Der Tietge, Achim wurde uns durch die Abteilung PM des VPKA Aue VP.-Meister für Mittwoch, den 1.4.1953 13.00 Uhr in das VPKA bestellt. Er erschien auch sehr pünktlich. Die Unterhaltung mit ihm fand im Zimmer des VP.-Oberkomm. statt, der zur einer Tagung in Chemnitz war.

Tietge ... sagte, was der Grund der Bestellung ist. Ihm wurde geantwortet, daß wir uns über einige Fragen ausführlich mit ihm zu unterhalten hätten. Ich bat ihm, mir seinen Lebenslauf zu erzählen. Dabei führte ich folgendes:
 Bis 1949 besuchte T. ... die Grundschule in Zschorlau und im Anschluß daran die Oberschule in Schneeberg. Hier ging er im Herbst 1952 ab, da seine Eltern es so wünschten. Wie er sagt ist sein ältester Bruder in Westdeutschland verheiratet, der andere Bruder ist gefallen und jetzt wollen die Eltern, daß er als jüngster Sohn das elterliche Lebensmittelgeschäft übernimmt. Dazu brauche er kein Abitur. Er selbst ist auch damit ganz zufrieden, und er arbeitet jetzt als kaufm. Lehrling im elterlichen Geschäft. Seit Herbst 1952 besucht er die kaufm. Abteilung der Berufsschule II in Aue.

Auf die Frage nach seiner politischen Betätigung teilte er mit, daß er seit 1950 der FDJ angehört. Da er am Rockaufschlag das Abzeichen der Jungen Gemeinde trug konnte ich das Gespräch sehr günstig auf seine Zugehörigkeit zu dieser Organisation lenken. Hierbei teilte er mir mit, daß er ein überzeugter Christ ist und auch deshalb in der J.G. mitarbeitet. Wir kamen auf die bestehenden Differenzen zwischen FDJ und JG zu sprechen und ich führte einige in der Presse veröffentlichten Beispiele der feindlichen Tätigkeit der JG an. Tietge ... erwiderte mir darauf, daß er diesen Angaben in der Presse keinen Glauben schenkt. Auch in Zschorlau hätte man die JG verunglimpft und auf einer FDJ-Konferenz behauptet sie würden Motorsportzirkel Schießzirkel usw. haben. In diesem Zusammenhang betonte er, daß im Sommer 1952 von einigen Jungen und Mädchen im Pfarrhaus Tischtennis gespielt wurde, was dann der Pfarrer verbot, da das der Jungen Gemeinde nicht erlaubt ist.

Ich legte jetzt dem Tietge .. an Hand des Beispiels der Zeugen Jehovas klar wie man mit Hilfe der westlichen Geheimdienste religiöse Vereinigungen für Zwecke der Spionage, des Terrors usw. ausnützt.

..... sah dies auch ein. Längere Diskussionen gab es lediglich über den verhafteten Wanderprediger SCHUMANN aus Zwickau. Wegen dieser Verhaftung war in allen Gruppen der JG schriftlich Protest erhoben worden. T. ... wollte nicht einsehen, daß SCHUMANN eine feindliche Tätigkeit gegen die DDR entfaltet hat.

BSTU
000014

12)

- 2 -

Bei der Unterhaltung über die Richtigkeit der Politik in der DDR und Westdeutschland war T... sehr vorsichtig. Er sagte, er nehme an, daß die Politik in der DDR richtig ist. Er würde jedoch die andere Seite nicht kennen, und kann sich kein Urteil erlauben. Ich hielt ihm entgegen, daß er doch Rias hört und in diesem Hetzsender ständig der Westen gepriesen wird und er somit doch hört, was auf der anderen Seite los ist. ..T... antwortete mir: "Der Rias würde zwar ab und zu von ihm gehört, er sei ihm jedoch nicht glaubwürdig genug."

Im Verlaufe unserer Unterhaltung, die sehr angeregt von beiden Seiten geführt wurde, kristallisierte sich dann der Standpunkt heraus, daß es Kräfte gibt, die versuchen die JG zu zersetzen und unter den Deckmantel der Religion eine Zersetzungsarbeit leisten. Wo diese Tätigkeit endet ist heute jedermann durch die in der Presse veröffentlichten Urteile bekannt.

..T... ging immer von der Zschorlauer Perspektive aus und betonte, daß es hier keine solchen Elemente gibt. Es kostete große Mühe ihn zu überzeugen, daß im DDR-Maßstab gesehen doch Kräfte am Werke sind, die eine republik-feindliche Tätigkeit leisten und das es notwendig ist etwas zu tun, damit die Jungen und Mädchen der JG nicht in den Strudel politischer Verbrechen hineingezogen werden. Hierbei ging ich von den Grundsatz aus "vorbeugen ist besser als heilen" und "man muß das Kind nicht erst in den Brunnen fallen lassen". ..Tietge... verstand dies auch ganz gut. So brachte ich ihm dann Schritt für Schritt bei, daß ich Angehöriger des M.f.ST. bin und wir mit ihm zusammenarbeiten wollen, um zu verhüten, daß sich in der Jungen Gemeinde feindliche Elemente herausbilden, die dann der gesamten christlichen Jugend schaden können.

....Tietge... war sehr bedrückt von meinem Vorschlag und sagte nach langem Drumherumreden "er könne unser Angebot nicht annehmen, da es ihn in Gewissensnöte bringen würde". Ich stellte ihm die Frage, welcher Art diese Gewissensnöte sind, wo er doch durch seine Mitarbeit allen Anhängern der Jungen Gemeinde helfen kann, indem sie ungestört ihrer religiösen Betätigung nachgehen können. Jetzt wollte ..T... nicht mit der Sprache heraus und überlegte nur. Man merkte ihm an, wie er mit sich kämpfte. Nach wiederholtem Fragen antwortete er schließlich "Wenn er auf unser Angebot einginge, wäre er doch ein Denunziant. Ich widerlegte ihm seine Ansicht und bewies ihm, daß nur der ein Denunziant ist, der für Geld oder anderer persönlicher Vorteile Willen seinen eigenen Bruder verrät. Er soll jedoch die Junge Gemeinde nicht verraten, sondern helfen die JG von feindlichen Elementen die für den Westen arbeiten, freizumachen, Was wüßte er denn, ob in der Jugendkammer Ost, die von ihm selbst genannt wurde, Menschen sitzen, die sich verkauft haben und die jetzt Reibereien zwischen FDJ und JG herbeiführen wollen. Ich fragte ihm, wie er mir erklären kann, daß bis 1952 keinerlei Vorkommnisse zu verzeichnen waren und die JG auch ungestört ihrer religiösen Betätigung nachgehen konnte und warum gerade jetzt laufend Zwischenfälle passieren."

BStU

000015

B)

- 3 -

Darauf konnte er mir keine Antwort geben. Ich betonte, daß es dovh für ihm eine Ehre ist so ein Angebot zu erhalten in welchem sich das große Vertrauen, welches die DDR in ihm setzt, ausdrückt.

An Hand der Pazifisten, die die Gefahr eines 3. Weltkrieges unterschätzen und glauben, es ist alles Propaganda, was in den Zeitungen geschrieben steht, zeigte ich ihm eine Parallele auf. Wenn diese Pazifisten dann eines Tages sehen, daß durch ihr falsches Verhalten doch ein Krieg ausbrechen konnte müssen sie sich wohl oder übel mitschuldig fühlen. Ich stellte ihm die Frage ob er sich eines Tages auch mitschuldig fühlen will, wenn es einigen Verbrechern gelungen ist die JG dahin-zu bringen daß sie evtl. sogar verboten werden muß.

Nach langem Zureden unter Anwendung von immer neuen Beispielen sah .. Tietge schließlich ein, daß es notwendig ist, mit uns zusammenzuarbeiten und er sagte zu, uns über alle Vorkommnisse innerhalb der JG zu informieren.

Ich stellte ihm die Frage, ob er es wirklich ganz ehrlich macht oder sich nur überreden ließ. Er antwortete mir, wenn er ja sagt, dann kann man sich auch 100%ig darauf verlassen. Es wurde ihm jetzt mitgeteilt, daß auch Gründen der gegenseitigen Sicherheit diese Zusammenarbeit streng geheim bleiben muß. .. Tietge sah das auch ein und war auch nicht erstaunt als ich dies schriftlich von ihm haben wollte.

Ich formulierte die sonst übliche Verpflichtung etwas um, damit sie nicht zu scharf klingt. .. T. schrieb auch ohne Zögern. Als Deckname wählte er sich "... .." aus, da sein verstorbener Großvater so geheißen hat.

Jetzt wurde ihm die Form der Zusammenarbeit eingehend erklärt. Als Treffpunkt wurde der Lutherpark festgelegt. (Park neben der Roten Kirche) Ich gab dem .. T. auch die Telefonnummer der Dienststelle sowie meinen Decknamen "BUTTER". Tietge hat selbst Telefon in der Wohnung und ist unter der Nummer zu erreichen. Als Deckwort beim Telefonieren wird Berufsschule II - HÄNEL - verwandt, und die neue Treffzeit ausgemacht.

Der nächste Treff findet am Montag, den 13. 4. 1953 15.15 Uhr statt. Wartezeit wurde 30 Minuten vereinbart.

Da .. Tietge ein Motorrad besitzt kann er schnell einmal nach Aue kommen. Es wurde ihm versprochen, daß er für diese Fahrten Benzin von uns bekommt.

Einen Auftrag erhielt der .. T. noch nicht, da er erst langsam an die Zusammenarbeit mit uns gewöhnt werden muß. Das Verhalten des .. T. war anfänglich sehr ängstlich. Er fühlte sich etwas bedrückt, obwohl er rege diskutierte. Ich gewann den Eindruck, daß der .. T. ein intelligenter Mensch ist.

Bei unserem Gespräch betonte er, daß er in Zschorlau einen großen Überblick über die Junge Gemeinde hat und zu deren führenden Leuten zählt. Er war auch mit zum ev. Kirchentag in Berlin und kennt die Jugendkammer Ost etwas.

Burkert
(Burkert)
Hauptmann

in Personalakte ablegen *M*Abschrift

Aue, den 13. 4. 1953

B e r i c h tzum Treff mit dem GI **Tietge**

BSU
000016

Der GI **Tietge** erschien am 13. 4. 53 um 15.30 Uhr mit 15 Minuten Verspätung zum Treff. Man sah ihm schon an, dass es ihm nicht recht war hierher zu kommen. Auf meine Frage, ob er sich alles noch einmal überlegt hat, antwortete er folgend: "Ja, ich habe es mir überlegt und ich kann nicht mit Ihnen zusammenarbeiten. Sie zwingen mich zur Unehrlichkeit und ein Christ darf nicht lügen. Sie sind ganz bestimmt kein Christ, aber ich werde es immer bleiben." Ich fragte inwiefern wir ihn zur Unehrlichkeit zwingen würden, worauf er antwortete, er müsste doch seine Eltern belügen. Er durfte nicht sagen, warum er zum VPKA geladen wurde, er darf nicht sagen wo er gewesen ist, wenn er später als sonst von der Schule nach Hause kommt.

Ich erklärte dem GI, dass wir nicht wollen, dass er seine Eltern belügt und das man die Treffs so legen muß, dass die Eltern gar nicht auf den Gedanken kommen zu fragen.

Tietge machte allerhand Ausflüchte und zog die Dinge an den Haaren herbei. Ich machte dann Schluß mit der Debatte und erklärte ihm, dass er uns als ehrlicher Christ sein Wort, sogar schriftlich, gegeben hat und er sein Wort uns zum Wohl der DDR zu helfen auch einhalten muss. Es wurde vereinbart die Treffs nächder Schule immer recht kurz zu gestalten, so ca. 15 Minuten, damit die Eltern nichts merkten.

Ich stellte ihm die Frage, ob die "Junge Gemeinde" zu Ostern irgendwelche Wanderungen usw. unternommen hat, Darauf erhielt ich den Bescheid, dass ihm davon nichts bekannt sei. Auch am vergangem Sonntag sei ihm nichts von einem Treffen in Annaberg oder Weißbach bekannt; wonach ich ebenfalls gefragt hatte.

Während er bei der Verpflichtung sagte, dass er über alles in Zschorlau Bescheid wüsste und mit zu dem Kopf gehört, behauptet er jetzt, dass er nicht mehr wüsste wie jedes andere Mitglied. Er erhielt den Auftrag sich bei dem Org - Leiter

genau zu erkundigen und bis zum nächsten Mal Bescheid mitzubringen. Alle seine Antworten waren im mürrischen Ton gegeben und man merkte ihm an, dass er krampfhaft nach einer Möglichkeit suchte der Zusammenarbeit auszuweichen.

- 2 -

BSTU
000017

15)

Ende des Treffs um 15.50 Uhr. Der nächste Treff wurde für Montag, den 20. 4. 53 15.15 Uhr festgelegt. Zu bemerken ist noch, dass GI Tietge nach dem Treff sich Zeit nahm und erst nach 10 Minuten nach Zschorlau fuhr.

Aufgaben: Siehe im Bericht

Maßnahmen: Bericht zum Treff kommt zur Personalakte.


gez. Burkert
Hauptmann

F.d.R.d.A.

Heinrich

in Personalakte ablegen 16)

Abschrift

Aue, den 27. 4. 1953

BSU
000018

B e r i c h t
zum Treff mit dem GI Tietge

Am 27. 4. 53, 15.15 Uhr, fand ein Treff mit dem GI Tietge statt. Dieser erschien pünktlich am vereinbarten Treffpunkt.

Unser Gespräch drehte sich um die Veranstaltungen der "Jungen Gemeinde". Der GI berichtete, dass am Sonntag nichts besonderes los wäre. Nach seinen Aufträgen vom vorletzten Treff befragt antwortete er, dass er mit [REDACTED] gesprochen hat. T. weiß nichts von Osterrüstzeiten in Berlin und es ist ihm auch nichts über evtl. Teilnehmer bekannt. Auf mein Fragen hin nach der Stärke der J.G. Zschorlau erwiderte er, dass die Jungen ca. 25 Mann zählen, während es bei den Mädchen ca. 45 sind. Nach der Konfirmation fallen dann aber immer wieder einige ab. Das Durchschnittsalter liegt bei ca. 16 Jahren. Über das Verhältnis der J.G. zur J.G. der Landeskirche und der Methodisten befragt, erklärte er, dass früher (vor Jahren) ein Beschluß existiert hat, dass ca. alle 6 - 8 Wochen eine gemeinsame Stunde durchgeführt wird. Jetzt wird jedoch nichts mehr gemeinsam gemacht, es ist alles eingeschlafen, da die einzelnen Gruppen jede für sich selbst stark genug sind. Ferner erzählte der GI, dass im Kreismaßstab von Zeit zu Zeit Arbeitertagungen stattfinden wo die jeweiligen Organisatoren der Gruppe teilnehmen.

Er selbst ist in Vertretung von [REDACTED] auch schon zu solchen Tagungen in Aue gewesen.

Dadurch wurde das Gespräch auf seine Eltern gebracht und ihm erklärt, dass sein Vater doch Mitglied der NSDAP gewesen ist. Uns wäre bekannt geworden, dass sein Vater Rias hört und die Nachrichten weiterverbreitet. Er hatte bei der Verpflichtung zugegeben, dass zu Hause oft der Hetzsender Rias gehört wird.

Ich erzählte ihm wie folgt: Von Rechts wegen müssen wir jetzt der Sache nachgehen, Zeugen vernehmen usw. und letzten Endes seinen Vater vor Gericht stellen, wo er mit Zuchthaus bestraft wird. Das bedeutet gleichzeitig Vermögensentzug. Zum anderen arbeiten wir jedoch mit ihm zusammen. Wir können jedoch nicht verlangen, dass er weiter mit uns Verbindung hält, wenn wir seinen

-2-

BStU
000019

Vater einsperren. Wir haben uns die Sache hin und her überlegt wie es getan werden soll. Dabei erwähnte ich noch, dass es bei einer guten Zusammenarbeit Möglichkeiten gibt die Sache gegen seinen Vater niederzuschlagen. Ich fragte den GI, wie er über die ganze Angelegenheit denkt und welcher Meinung er ist. Sonst überlegt GI Tietge immer ziemlich lange ehe er eine Antwort gibt. Diesmal war ich kaum fertig mit sprechen, da antwortete er schon er habe sich verpflichtet mit uns zusammenzuarbeiten und er könne doch da nicht so ohne weiteres zurücktreten. Er sei der Meinung, dass unsere Zusammenarbeit weiterhin besteht. Ich erklärte mich damit einverstanden und sagte ihm, dass dann die Zusammenarbeit in einer besseren Form von statten geht als bisher. Tietge versprach dies auch zu tun. Von mir wurde dann die Frage des gegenseitigen Vertrauens angeschnitten, und da es nicht von Vertrauen zeugt, wenn er sich weigert für uns einen Lebenslauf zu schreiben. Der GI versprach bis zum nächsten Treff einen Lebenslauf mitzubringen. Das Verhalten des GI wird für uns besser. Er hat sich gewissermaßen schon daran gewöhnt. Durch die Sache mit seinem Vater werden wir ihn ganz in unsere Hand bekommen.

Ende des Treffs: 16.00 Uhr

Nächster Treff : Montag, den 11. 5. 53 , 15.15 Uhr

Aufgaben:

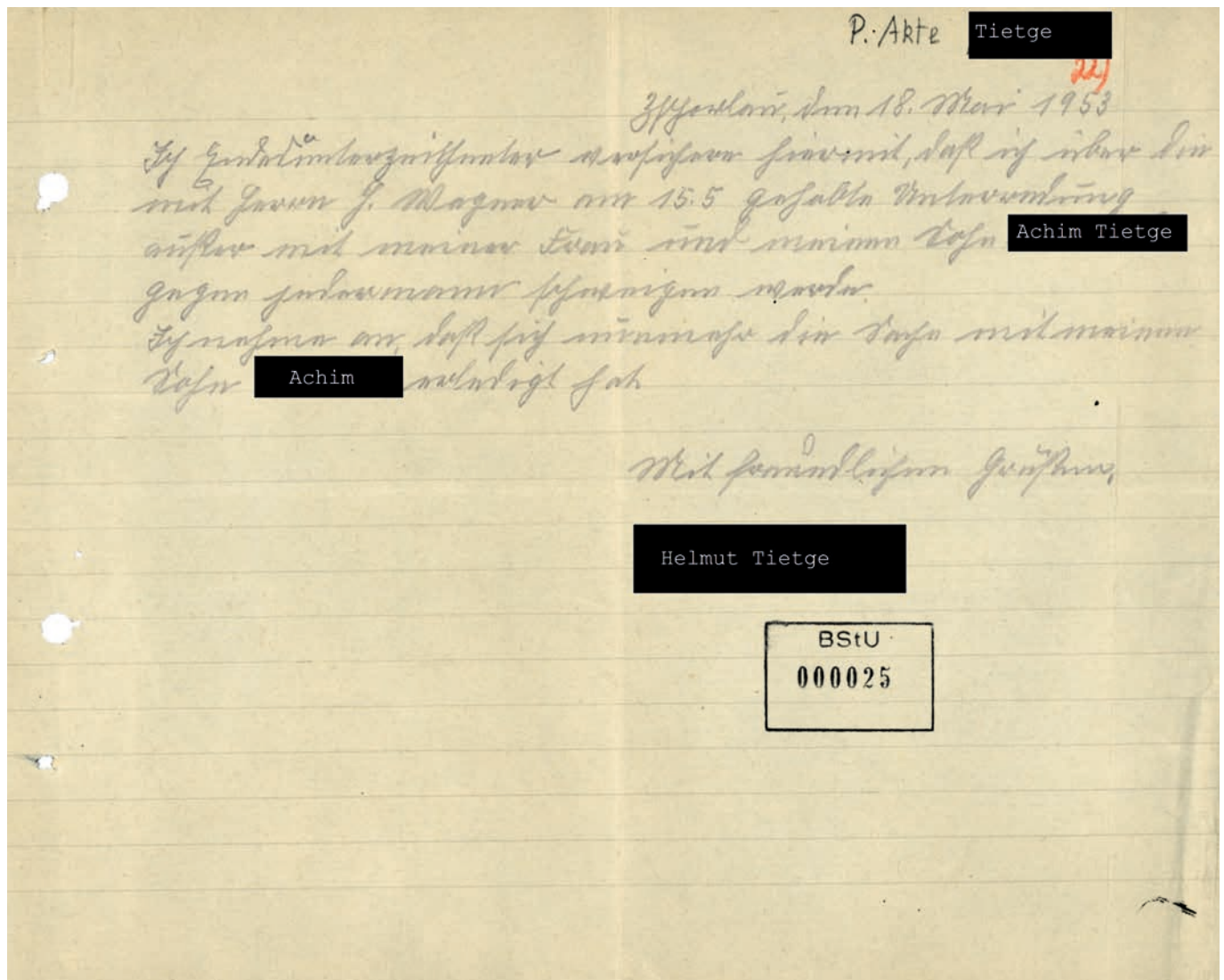
- 1.) Lebenslauf schreiben.
- 2.) Mit [REDACTED] sprechen betr. Arbeitertagung sowie Pläne der Jungen Gemeinde im Sommer und darüber einen schriftlichen Bericht anfertigen.

Maßnahmen:

- 1.) Bericht zum Treff kommt ausser in die Arbeitsakte noch abschriftlich in die Personalakte des GI Tietge .
- 2.) Auswertung des Berichtes für die Junge Gemeinde allgemein (auszugsweise) Abschrift in Handakte "Junge Gemeinde."

gez.: Burkert
Hauptmann

F.d.R.d.A.
claus



Entpflichtung

Ich Endesunterzeichneter versichere hiermit, daß ich über die
 mit Herrn J. Wagner am 15.5. gehabte Unterredung
 außer mit meiner Frau und meinem Sohn ...
 gegen jedermann schweigen werde.
 Ich nehme an, daß sich nunmehr die Sache mit meinem
 Sohn ... erledigt hat.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

Aue, am 9. 9. 1953

23)
BSTU

000026

B e r i c h t

über die Zusammenarbeit mit dem GI Tietge

Der GI Tietge wurde am 1. 4. 53 angeworben. Er ist in Zschorlau Funktionär der "Jungen Gemeinde" und sollte uns Material über diese Organisation bringen. Schon zum 1. Treff brachte er vor, daß er es nicht fertigbringt, für uns zu arbeiten und daß wir ihn in Gewissenskonflikte gebracht hätten. Trotz fortwährender Überzeugungsarbeit kam der GI ständig mit denselben Argumenten.

Später erzählte er seinem Vater davon, welcher dann zur Dienststelle kam und bat, seinen Sohn von dieser Arbeit zu befreien. Der Vater erhielt ebenfalls eine Schweigeverpflichtung. Mit dem GI wurde praktisch ein Kompromiß geschlossen, indem wir ihm mitteilten, daß er nur solange für uns arbeiten soll, solange die "J.G." als verbrecherische, staatsgefährdende Organisation anzusprechen ist. Er sollte alles tun, um alle schlechten Elemente aus der "J.G." zu verdrängen.

Nach dem Beschluß der Regierung über den neuen Kurs im Juni 1953 wurde auch die Haltung gegenüber der "J.G." geändert. Der GI kam beim darauffolgendem Treff sofort mit diesem Argument und bat nach Beseitigung der Unstimmigkeiten zwischen Staat und Kirche um Befreiung von der Mitarbeit.

Zu den angesetzten Treffs erschien der GI regelmäßig und pünktlich. Bericht hat er nicht einen einzigen gebracht. Aus den oben angeführten Gründen wird vorgeschlagen, die Verbindung mit GI Tietge abubrechen.


(Burkert)
Hauptmann

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit

BStU
000027

GVS

24)

Beschluß über das Abbrechen der Verbindung

(mit Informatoren, geheimen Mitarbeitern und Inhabern konspirativer Wohnungen)

Aue, den 9.9. 1953
(Ort)

Nach Durchsicht der Personalakte Nr. 203/53 des Informators, geheimen Mitarbeiters, Inhabers einer konspirativen Wohnung,

" [Redacted] "
(Deckname)

[Redacted] in Zschorlau

wohnhaft in [Redacted]

(Name, Vorname, Personalien)

stellte ich fest, daß der Informator, geheime Mitarbeiter, Inhaber einer konspirativen Wohnung

Hefttrand

Tietge sich dekonspirierte und sich außerdem weigert
(Deckname angeben)

mit uns zusammenzuarbeiten. Er ist für unsere Arbeit

völlig ungeeignet.

(Kurz die Gründe für das Abbrechen der Verbindung)

Aus den aufgezeigten Gründen schlage ich vor, mit dem Informator, geheimen Mitarbeiter, Inhaber einer konspirativen Wohnung — die Verbindung abbrechen und die Personalakte im Archiv der Abteilung XII der Verwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit Land "W" Karl-Marx-Stadt abzugeben.

Der Mitarbeiter der Abteilung (Krsdst.) "W" Aue

J. Böhrt, Hptm.
(Unterschrift)

*Material wird als
"nicht gesperrte Ablage"
klassifiziert.*

Bestätigt: Der Leiter der Abteilung (Krsdst.) "W" Aue

*23.10.1987
Jöchel, Hptm.*

J.K. Böhrt
(Unterschrift)

Abkürzungen und Erläuterungen

Abteilung PM	Abteilung Pass- und Meldewesen
FDJ	Freie Deutsche Jugend (Jugendorganisation in der DDR)
GI	Geheimer Informator (frühere Bezeichnung für „Inoffizielle Mitarbeiter“ des MfS)
HJ	Hitlerjugend (Organisation für Jungen im Nationalsozialismus)
J.G./JG	Junge Gemeinde
Jugendkammer Ost	Arbeitsgemeinschaft der evangelischen kirchlichen Jugend in der DDR zur Organisation gemeinsamer Freizeitaktivitäten, zum Beispiel „Rüstzeiten“, d. h. mehrtägige oder mehrwöchige Veranstaltungen mit gemeinnützigen und kirchlichen Angeboten
Methodisten	christliche Glaubensgemeinschaft
M.f.St.	Ministerium für Staatssicherheit
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Pazifismus/Pazifist	von dem lateinischen Wort „pacificus“, d. h. „friedliebend“. Ein Pazifist lehnt jede Anwendung von Gewalt, insbesondere Krieg, grundsätzlich ab, sogar im Verteidigungsfall.
VPKA	Volkspolizeikreisamt (örtliche Dienststelle der VP, Volkspolizei)
VP	Volkspolizei/Volkspolizist (Polizei/Polizist in der DDR)
Zeugen Jehovas	christliche Religionsgemeinschaft (seit 1950 in der DDR verboten)

Beschluss der Regierung über den neuen Kurs – Im Frühjahr 1953 kommt die sowjetische Führung in Moskau zu der Überzeugung, dass besonders in der DDR und Ungarn ein Kollaps der politischen Systeme bevorstehe und Lockerungen notwendig seien, um den Aufbau des Staatssozialismus zu sichern. Anfang Juni 1953 beruft sie daher eine SED-Delegation nach Moskau und diktiert ihr den „Neuen Kurs“. Das SED-Politbüro verkündet am 9. Juni 1953 diesen Neuen Kurs für die DDR und verspricht eine Reihe von Änderungen und Lockerungen – auch gegenüber den Kirchen. Nichtsdestotrotz werden die Jungen Gemeinden durch Partei und Regierung weiter in ihrer Arbeit behindert und ins Abseits gedrängt.

Fragen zur Quelle

Fragen zur Quelle, Bl. 5, 6, 7

1. Welches „Milieu“ unterstellt Hauptmann Burkert der Familie von Achim Tietge?
2. Wie ist seine Wortwahl zur Beschreibung der politischen Einstellung der Familie? Verfassen Sie Beispiele, aus der die Haltung des Autors gegenüber der Familie deutlich wird.
3. Wie beschreibt er Achim und welche politischen Verbindungen vermutet er?

Fragen zur Quelle, Bl. 13, 14, 15

1. Wie hat Hauptmann Burkert organisiert, dass Achim zum Gespräch kommt?
2. Arbeiten Sie die verschiedenen Argumente heraus, mit denen der Mitarbeiter versucht, ihn von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zu überzeugen.
3. Arbeiten Sie Achims Gesprächsposition heraus: Wie reagiert er auf die Vorhaltungen des Stasi-Mitarbeiters?
4. Am Ende des Gesprächs fragt der Mitarbeiter Achim, ob er es auch „ehrlich“ meint mit seiner Zusammenarbeit oder sich „nur überreden“ ließ. Bewerten Sie die Gesprächssituation.

Fragen zur Quelle, Bl. 16, 17, 18, 19

1. Mit welchen Methoden versucht der Stasi-Mitarbeiter, Achim zur weiteren Zusammenarbeit zu verpflichten?
2. Hauptmann Burkert schreibt, dass man den Kandidaten „ganz in unsere Hand“ bekommen wird. Formulieren Sie aus, welche Einstellung der Mitarbeiter gegenüber dem Kandidaten hat.

Fragen zur Quelle, Bl. 25, 26, 27

1. Fassen Sie zusammen, welche zwei Gründe zum Abbruch der Zusammenarbeit mit Achim im Bericht genannt werden. Welche Gründe des Abbruchs nennt hingegen der „Beschluss“?
2. Welche Gründe könnte es gegeben haben, dass es für den Abbruch von geheimer Zusammenarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit einen eigenen Vordruck gab?

Abschlussfrage zur Diskussion

Die Freiheit der Religionsausübung war auch in der DDR durch die Verfassung geschützt. Welche Auffassung über Religionsfreiheit kommt in diesem Stasi-Vorgang zum Ausdruck? Vergleichen Sie dazu insbesondere Ihren Eindruck über das Stasi-Vorgehen gegen Achim mit dem Wortlaut der Verpflichtungserklärung, die er diktiert bekam (Bl. 12).

Unter welchen Umständen fänden Sie heute einen Eingriff in die Religionsfreiheit zulässig?

Würden Sie dafür mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten?

Im Visier: Grenzsicherung

Die Gemeinde Hohengandern im thüringischen Landkreis Eichsfeld lag 1963 unmittelbar an der Staatsgrenze zum westdeutschen Bundesland Hessen. Zur Überwachung des Grenzabschnittes suchte die Stasi inoffizielle Mitarbeiter aus der Region, um von eventuellen Fluchtvorhaben frühzeitig zu erfahren und sie zu verhindern.

Ein sportlich engagiertes Gemeindemitglied, geboren 1927, schien der zuständigen Kreisdienststelle geeignet, sich unbemerkt und ungehindert in der Gemeinde umzuschauen, eventuelle Fluchtabsichten frühzeitig zu erfahren und darüber unauffällig zu berichten. Tatsächlich zeigte sich der Mann gegenüber dem Stasi-Mitarbeiter zunächst sehr gesprächsbereit ...

Um seine wahre Identität zu schützen, haben wir alle persönlichen Informationen weitgehend geschwärzt und ihm einen neuen Namen gegeben. Wir nennen ihn Heinrich Zaytz.

Dokument 1: Bericht zum Kontaktgespräch, 30.7.1963

Dokument 2: Bericht über das Werbungsgespräch, 13.9.1963

Abkürzungen und Erläuterungen

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten

Kreisdienststelle
Heiligenstadt

Heiligenstadt, den 30.7.1963

9
BSTU
000013

Heute wurde der IM Kandidat Heinrich Zaytz an seinem Arbeitsplatz aufgesucht um ein Kontaktgespräch mit ihm zu führen. Da sich der Kandidat und der unterzeichnete Mitarbeiter bereits kennen, war schnell ein guter Kontakt hergestellt. Zunächst wurde über seine berufliche Tätigkeit

Heiligenstadt gesprochen. Hierzu erklärte er, daß erstmals im Monat Juli ein neues Bezahlungssystem im Betrieb eingeführt wurde. Bei der Monatsabrechnung müßte man nun erst einmal sehen wie es einschlägt.

Dann wurde über die Gemeinde Hohengandern und die Entwicklung der LPG gesprochen. Seine Meinung zu diesem Problem ist, das es in der LPG vorangegangen ist seitdem der Gen. als Vorsitzender eingesetzt wurde. Jedoch käme es immer wieder zu Reibereien und Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Mitgliedern weil jeder noch versucht, seinen Vorteil herauszuholen.

Zu dem neuen Gastwirt sagte er, daß dieser sehr unsauber arbeitet. Erst am vergangenen Sonntag habe der Bürgermeister eine harte Auseinandersetzung mit ihm gehabt weil vor der Gaststätte und auf dem Hof alles voll Papier lag.

Weiter teilte er mit, daß er jetzt mit 12 Mitgliedern aus Hohengandern nach Leipzig zum IV. Deutschen Turn- und Sportfest fährt. Sie werden sich fünf Tage in Leipzig aufhalten.

Persönlich war zu verzeichnen,

Weiterhin gibt es manchmal Ärger wenn er Abends viel unterwegs ist

Peters
Peters, Fw.

Kreisdienststelle
Heiligenstadt

Heiligenstadt, den 13.9.63

BStU
000023

Bericht über das Werbungsgespräch.

Am 12.9.1963 um 17.00 Uhr wurde der Kandidat in das Dienstzimmer des ABV nach Arenshausen bestellt um dort die Anwerbung zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit unserem Organ durchzuführen.

Es wurde ihm erklärt, daß sich unser Organ für die Arbeit der Jugend in den Orten des 500 m Sperrgebietes interessiert und er

in der Lage sein müßte, uns über diese Fragen aus seinem Wohnort Hohengandern zu berichten.

Zu diesem Problem gab er auch bereitwillig Auskunft.

Er teilte mit, daß die Sektion Gymnastik/Akrobatik ca. 70 Mitglieder einschließlich der noch nicht schulpflichtigen Kinder hat und sich diese in den Sparten Akrobatik, Gymnastik und Geräteturnen betätigen.

Die Übungsstunden erfolgen regelmäßig zweimal wöchentlich in der Zeit von 19.00 bis 21.00 Uhr.

Vor Auftritten in öffentlichen Veranstaltungen wird auch drei bis viermal in der Woche geprobt.

So sollen in Vorbereitung der Volkswahlen am 20. Oktober Auftritte in einigen Wohngebieten Heiligenstadts erfolgen.

Über die Arbeit der FDJ und der GST konnte er nichts berichten, weil so gut wie nichts durchgeführt wird.

In der GST hat vor längerer Zeit lediglich eine gute Schießgruppe bestanden, sie wurde aber vernachlässigt und fiel auseinander.

Im weiteren Gespräch wurde auf die ständige und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen dem Kandidaten und unserem Organ eingegangen.

Dieses lehnte ab mit der Begründung, nicht der geeignete Mann zu sein, keine Möglichkeiten auf Grund seiner Arbeit in Heiligenstadt zu haben sowie aus Angst vor einer Dekonspiration. Da er gern trinkt hat er Angst, daß er sich nach dem Genuß von Alkohol leicht dekonspirieren könne.

- 2 -

In Fragen des Sportgeschehens können wir uns zu jeder Zeit an ihn wenden, zu einer 'geregelten inoffiziellen Zusammenarbeit' war er jedoch nicht zu bewegen.

Zum Abschluß der Zusammenkunft wurde z. eine schriftliche Schweigeverpflichtung über das geführte Gespräch abgenommen.

19
BSTU

000024

Peters
Peters, Fw.

Abkürzungen und Erläuterungen

ABV	Abschnittsbevollmächtigter, Polizist für bestimmte lokal begrenzte Aufgaben. In seinem Abschnitt war er polizeilicher Ansprechpartner für die Bewohner und versah Streifendienst.
FDJ	Freie Deutsche Jugend (Jugendorganisation in der DDR)
GST	Gesellschaft für Sport und Technik (Massenorganisation zur vormilitärischen Ausbildung)
Kollektiv	hier: Bezeichnung für ein Arbeitsteam
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft. Zusammenschluss der früher selbständigen Bauernhöfe zu Produktionsgemeinschaften. Die staatlich angeordnete Maßnahme bedeutete die Enteignung der Bauern und stieß daher auf deren breiten Widerstand.

Fragen zur Quelle

Fragen zur Quelle, Bl. 13

1. Wählen Sie für den Bericht zum Kontaktgespräch eine Überschrift, die aus Ihrer Sicht besser zu dieser Art des Gesprächs passt.
2. Beschreiben Sie, welches Verhältnis zwischen Heinrich Zaytz und dem Stasi-Mitarbeiter bestanden haben muss angesichts der Art und der Inhalte des Gesprächs.

Fragen zur Quelle, Bl. 23, 24

1. Mit welchem Argument lehnt Heinrich Zaytz die reguläre inoffizielle Zusammenarbeit ab?
2. Vergleichen Sie die Formulierung zur Einstellung der Anwerbung mit Heinrich Zaytz' eigener Begründung. Vermuten Sie, weshalb seine Begründung nicht übernommen wurde.

Abschlussfrage zur Diskussion

Nach dem Ende der DDR gaben viele ehemalige Inoffizielle Mitarbeiter an, sie hätten auf Druck der Stasi „Ja“ gesagt und ein „Nein“ wäre gar nicht möglich gewesen.

Diskutieren Sie diese Aussage anhand des hier vorliegenden Falls.

Im Visier: Telefon in den Westen

Zur Überwachung der Westverbindungen der DDR-Bevölkerung suchte das MfS nach geeigneten Informanten auch für den Telefonverkehr zwischen Ost und West. Ein junger Nachrichtentechniker im Fernmeldeamt Klötze schien ihnen besonders geeignet: Er hatte seit seiner Schulzeit immer sehr gute Zeugnisse erhalten, stets ein hohes Maß an Verantwortung gegenüber seinen Mitschülern und Kollegen bewiesen und 1961 einen Wehrdienst bei der Armee absolviert, obwohl es damals noch keine Wehrpflicht gab. Tatsächlich verlief ein erstes Kontaktgespräch vielversprechend.

Um seine wahre Identität zu schützen, haben wir alle Namen und Umstände, die ihn erkennbar machen, soweit als möglich unkenntlich gemacht, und nennen ihn Manfred Emser.

Dokument 1: Bericht über das Kontaktgespräch, 3.9.1968

Dokument 2: Bericht über das Kontaktgespräch, 13.9.1968

Dokument 3: Aktenvermerk, 2.1.1969

Dokument 4: Verpflichtung

Dokument 5: Versuchte Werbung eines IMS, 14.1.1969

Abkürzungen und Erläuterungen

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten

Kreisdienststelle
- Klötze -

BStU
000078

Klötze, 3.9.68

Bericht über das durchgeführte Kontaktgespräch mit dem im
Vorschlag gebrachten GI-Kandidaten Emser, Manfred

Am 3.9.1968 wurde in der Zeit von 08.45 Uhr bis 09.45 Uhr vom Unterzeichnenden, der GI-Kandidat in seinem Arbeitszimmer aufgesucht, um festzustellen, ob sich dieser für die vorgesehenen Aufgaben eignet und welche Möglichkeiten er hat, in Zukunft als Sicherheitsbeauftragter im Fernmeldeamt Klötze eingesetzt zu werden.

Der GI-Kandidat wurde unter der Legende angesprochen, daß unsere Kreisdienststelle desöfteren telefonisch angewählt, sich aber keiner meldet, wenn sich unsere Zentrale mit der Nummer meldet. Er wurde darum gebeten, da er [redacted] Technik ist, festzustellen, woher die Anrufe kommen und wer die Person ist, welche desöfteren unsere Nummer anwählt. Der Kandidat erklärte sich bereit uns in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Desweiteren wurde mit ihm über die große Bedeutung des Fernmeldewesen in der weiteren Entwicklung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der DDR gesprochen. Dabei wurde ihm erklärt, daß der Klassengegner verstärkt versucht uns in unserer Entwicklung zu stören. Er versucht dabei die Einrichtungen der Deutschen Post, für die Durchführung der Feintätigkeit, wie z.B. (Spionage, Nachrichtenübermittlung, Übermittlung falscher Anweisungen zur Störung der Volkswirtschaft und anderes) zu mißbrauchen.

Da der Gegner seine Feindsätigkeit unter dem Deckmantel der Konspiration durchführt, können wir ihm nur mit gleichen Mitteln bekämpfen. Dazu brauchen wir zuverlässige Personen, die uns hierbei in unserer Arbeit unterstützen.

Er wurde gefragt, ob er bereit ist, uns hierbei zu helfen. Der GI-Kandidat erklärte darauf, daß er schon durch seinen Beruf zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet seit und er immer bereit ist uns in jeder Weise in unserer Arbeit zu unterstützen.

Daraufhin wurde der GI Kandidat darauf hingewiesen, daß er über das mit dem Unterzeichnenden geführte Gespräch strengstes Still-schweigen zu wahren hat, welches er auch versprach.

58

- 2 -

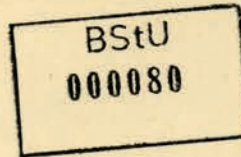
Aus dem gesamten Gespräch mit dem Kandidaten konnte die Einschätzung gewonnen werden, daß es sich hierbei um einen offenen und ehrlichen Genossen handelt, der auch nach meiner Meinung bei dem noch zuführenden Werbungsgespräch keine ablehnende Haltung beziehen wird.

Hilfssachbearbeiter

Beneke
Beneke/Fw.

BStU
000079

Kreisdienststelle
Klötze



Klötze, 13.09.1968

Bericht über das durchgeführte Kontaktgespräch mit dem im
Vorschlag gebrachten GI-Kandidaten **Emser, Manfred**

Am 13.09.1968 wurde in der Zeit von 8,30 Uhr bis 9,30 Uhr vom Gen.Oberltn.Kersten und dem Unterzeichnenden, der GI-Kandidat in seinem Arbeitszimmer aufgesucht, um festzustellen ob dieser sich für eine eventuelle Zusammenarbeit eignet.

Zuerst wurde mit dem Kandidaten über die große Bedeutung des Fernmeldewesen in der DDR gesprochen. Dabei wurde ihm erklärt, daß der Klassengegner verstärkt versucht, uns in unserer Entwicklung zu stören. Dabei werden vom Klassengegner verstärkt die Einrichtungen der Deutschen Post für die Durchführung der Feindtätigkeit wie z.B. (Spionage, Nachrichtenübermittlung und anderen feindlichen Tätigkeiten mißbraucht.

Da der Gegner seine Feindtätigkeit unter den Deckmantel der Konspiration durchführt, müssen wir ihm mit gleichen Mittel Bekämpfen. Dazu brauchen wir zuverlässige Personen, die uns hierbei in unserer Arbeit unterstützen.

Er wurde gefragt, ob er bereit ist uns hierbei zu helfen. Der GI-Kandidat erklärt darauf, daß er schon durch seinen Beruf zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet ist und er immer bereit ist uns in jeder Weise zu unterstützen, soweit es das Postgeheimnis zulässt.

Der Kandidat wurde daraufhin gewiesen, daß die Zusammenarbeit stets sehr konspirativ durchgeführt wird und das es sich auch manchmal als notwendig erweist, daß Postgeheimnis zu brechen um dadurch den Klassengegner zu entlarven.

Dieses wollte der Kandidat nicht einsehen, er berief sich darauf, daß er dafür unterschrieben habe niemals das Postgeheimnis zu brechen und er, wenn er dieses bricht strafrechtlich verfolgt werden kann.

Ihm wurde daraufhin erklärt, daß von unserer seits das Postgeheimnis ebenfalls gewahrt wird und kein anderer davon erfährt, wenn dieses mal gebrochen wird.

Dem Kandidaten wurde die Frage gestellt, ob er uns eine Aufstellung von den Fernsprechteilnehmern geben kann, die in diesem Jahr nach WD telefoniert haben. Der Kandidat erklärte daraufhin, daß er dazu nicht in der Lage sei und er sich erst mit Bezirksdirektion in

- 2 -

55

Verbindung setzen müßte, wenn er an diesen Unterlagen herankommen wollte.

Daraufhin wurde mit dem Kandidaten das Gespräch beendet, da wir der Meinung waren, daß der Kandidat noch nicht reifgenug für eine Anwerbung war und dieser noch zu einer Versammlung mußte. Mit dem Kandidaten wurde noch vereinbart, daß der Unterzeichnende sich noch einmal später wiederkommen wird, um das Gespräch fortzusetzen. Der Kandidat war mit diesem Vorschlag einverstanden.

Beneke
Beneke/Oberfw.

BSU
000081

Kreisdienststelle
Klötze

Klötze, 2.1.1969

BStU
000087

Aktenvermerk

Am heutigen Tage wurde der IMS-Kandidat [REDACTED] Emser, Manfred in der Zeit von 15,00 - 16,00 Uhr in seinem Arbeitszimmer, zwecks der Anwerbung aufgesucht. Anwesend waren der Kandidat, Gen. Oberleutnant Radtke und der Unterzeichnende. Während des Gespräches verhielt sich der Kandidat ruhig, sachlich und korrekt. Zum Anfang wurde mit den Kandidaten über die Sicherung des Fernmeldeamtes, sowie über die Aufbewahrung von VS-Unterlagen und die Sicherung der VSTW-Stellen gesprochen. Hierüber gab der Kandidat bereitwillig Auskunft und erklärte uns die gestellten Fragen gut. Danach wurde an ihn die Frage gestellt, ob er für uns eine Beurteilung über den [REDACTED] anfertigen kann. Der Kandidat stellte die Frage, ob wir uns damit nicht an den Kaderleiter wenden könnten, da dieser für solche Anliegen zuständig ist. Den Kandidat wurde daraufhin nochmals über den Grad der Konspiration in unserer Arbeit unterrichtet und ihm die Notwendigkeit solcher Beurteilungen dargelegt. Daraufhin erklärte sich der Kandidat bereit, eine Beurteilung über [REDACTED] zu schreiben. Im Verlaufe des Gespräches wurde der Kandidat die Frage gestellt, ob er bereit ist uns in unserer Arbeit zu unterstützen. Der Kandidat brachte daraufhin zum Ausdruck, daß er auf fachlichen Gebiet dazu bereit ist uns in unserer Arbeit zu unterstützen. Er aber für diese Unterstützung keine finanziellen Zuwendungen anzunehmen gedenkt. Daraufhin wurde mit ihm die schriftliche Verpflichtung vorgenommen. Bei der Wahl des Decknamens bat er um Bedenkzeit, nach kurzer Überlegung bat er darum, daß er sich diese ganze Angelegenheit noch einmal genau überlegen muß und er heute noch keine schriftliche Verpflichtung abgeben möchte. Diese Bitte wurde ihm gewährt. Daraufhin nahm er die von ihm gefertigte Verpflichtung und zerriß diese. Die zerrissene Verpflichtung wurde daraufhin von ihm abverlangt,

- 2 -

62

welche er anstandslos übergab.

Danach schrieb er eine Schweigeverpflichtung.

Es wurde mit den Kandidaten so verblieben, daß er, wenn er sich alles noch einmal überlegt hat, beim Unterzeichnenden anruft und der Unterzeichnende mit den Kandidaten dann die Verpflichtung durchführt.

Danach wurde das Gespräch beendet.

Beneke
Beneke/Ofw.

BSU 000088

64

Verpflichtung

Ich,

Manfred Emser

, wohnhaft in

verpflichte mich über das heute geführte Gespräch mit
2 Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit gegen-
über jedem Mann und jeder gegenüber meinem Dienstver-
gasteten Arbeitskollegen zu bewahren.
Ich erlaube mich bereit mit den Organen der MfS
auf sachlichem Gebiet (Fernsprecht- und Fernschreib-
wesen) jede Unterstützung zu gewähren. Ich
bin bereit sachliche Einzelheiten auch schrift-
lich abzufassen und dem zuständigen Mitarbeiter
zu übergeben.

BStU 000090

Verpflichtung

Ich,, wohnhaft in Klötze,
verpflichte mich über das heute geführte Gespräch mit
2 Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit gegen-
über jedermann auch gegenüber meinem Dienst-
vorgesetzten Stillschweigen zu bewahren.
Ich erkläre mich bereit mit den Organen des MfS
auf fachlichem Gebiet (Fernsprech- und Fernschreib-
wesen) jede Unterstützung zu gewähren. Ich
bin bereit fachliche Einschätzungen auch schrift-
lich abzufassen und dem zuständigen Mitarbeiter
zu übergeben.

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Magdeburg
Kreisdienststelle Klötze

Klötze, 14. Jan. 1969
Ben/Sche

90/69

66

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit Magdeburg
Leiter der Abt. XX/6

BSU
000092

Magdeburg

Versuchte Werbung eines IMS

Am 13.9.1968 und am 2.1.69 wurden mit [REDACTED] des Fernmeldeamtes Klötze, Manfred Emser, jeweils eine Aussprache durchgeführt, zwecks Anwerbung zum IMS mit der Perspektive, daß dieser als Sicherheitsbeauftragter eingesetzt werden soll.

Emser lehnt es jedoch konsequent ab, mit uns zusammenzuarbeiten. Zwar versprach er uns in fachlichen Fragen jede Unterstützung zu gewähren, soweit es das Postgeheimnis erlaubt, doch daß er nicht bereit ist uns in anderer Weise zu unterstützen.

Bei der letzten Aussprache sollte eine schriftliche Verpflichtung erfolgen. E. war auch bereit diese zu schreiben. Er überlegte es sich jedoch beim Schreiben noch einmal und zerriß die von ihm noch nicht vollständig angefertigte Verpflichtung.

Da E. keinerlei Bereitschaft zeigt mit dem MfS zusammenzuarbeiten und er somit als [REDACTED] uns über bestimmte Probleme, welche im Sinne des MfS sind, nicht unterrichten will, bitten wir darum, geeignete Schritte zu unternehmen, um Emser als [REDACTED] ablösen zu lassen.

Leiter der KD

Peust
Peust
Hauptmann

Hilfssachbearbeiter

Beneke
Beneke
Obfw.

Abkürzungen und Erläuterungen

Gen.	Genosse (Bezeichnung für Mitglieder sozialistischer/kommunistischer Parteien, hier der SED)
GI	Geheimer Informator (frühere Bezeichnung für Inoffizielle Mitarbeiter des MfS)
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS) „zur Sicherung und Durchdringung“ eines bestimmten Bereichs
Klassengegner	nach Auffassung der DDR-Regierung regierte in der DDR die Arbeiterklasse und in der Bundesrepublik Deutschland regierten kapitalistische Unternehmer. Nach der Lehre von Karl Marx sind diese jeweiligen Bevölkerungsschichten „Klassen“ und stehen sich unversöhnlich gegenüber.
Konspiration	Geheimhaltung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
VS-Unterlagen	Unterlagen mit sicherheitsrelevanten Inhalten, so genannte Verschluss-Sachen
VSTW	Vermittlungsstellen mit Wahlbetrieb im Telefonverkehr
WD	Westdeutschland (politisch unkorrekte Abkürzung für die Bundesrepublik Deutschland)

Fragen zur Quelle

Fragen zur Quelle Bl. 78, 79, 80, 81

1. Welche Gefahr benennt die Stasi, um den Kandidaten zu überzeugen? Welche konkrete Mithilfe erwartet sie von ihm?
Welchen Schluss zieht sie aus der Ablehnung des Kandidaten?
2. Arbeiten Sie aus den Berichten heraus, wie der Kandidat reagiert, wozu er bereit ist und was er ablehnt.

Fragen zur Quelle Bl. 87, 88, 90, 92

1. Fassen Sie das Vorgehen der Stasi im Gespräch mit Manfred Emser in eigenen Worten zusammen.
2. Schildern Sie in eigenen Worten die Reaktion von Manfred Emser.
3. Welche Konsequenz gegen ihn schlägt die Stasi vor?

Abschlussfrage zur Diskussion

Das Post- und Fernmeldegeheimnis war in der DDR und ist in der Bundesrepublik Deutschland durch die Verfassung garantiert. Nur in besonderen Ausnahmefällen darf es verletzt werden.

Überlegen Sie Situationen, in denen Sie es vertretbar finden, private Telefongespräche abzuhören oder Telefonierende zu identifizieren.

Benennen Sie Situationen, in denen Sie es nicht richtig finden.

Überlegen Sie Situationen, in denen Sie an dieser Verletzung der Privatsphäre mitarbeiten würden.

Im Visier: Verkehr

Einrichtungen der Reichsbahn hatten die besondere Aufmerksamkeit der Stasi, denn Transportwege für Waren und Personenverkehr gehören zu den Lebensadern jedes Staates. Routinemäßig sah der Stasi-Jahresplan 1974 daher die Anwerbung eines IM dafür im Kreis Neustrelitz vor.

Ein 38-jähriger Kandidat wurde ins Auge gefasst, überprüft und für geeignet gehalten. Doch beim Verpflichtungsgespräch betonte der Mann, er könne nicht mit einem doppelten Gesicht auftreten. Wenn die Kollegen das rauskriegten, würden sie jegliches Vertrauen zu ihm verlieren.

Stasi-intern notierte der zuständige Oberleutnant des MfS, dass der Kollege, der den Mann ausspioniert hatte, keine gute Arbeit geleistet habe: Die politische Haltung des Mannes sei ja völlig unausgereift. Die fehlgeschlagene Anwerbung wurde dem MfS-Mitarbeiter angelastet.

Dokument 1: Abschlussbericht, 11.7.1974

Dokument 2: Gründe für das Einstellen

Abkürzungen und Erläuterungen

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten

BStU 000043

30

Abteilung XIX/3

Neustrelitz, den 11. 07. 1974

Abschlußbericht

IM-Vorlaufakte, Reg.-Nr.: III/303/71

Der in den IM-Vorlauf III/303/71 aufgeklärte Kandidat sollte am 10. 7. 74 als IMS zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet werden. Das Verpflichtungsgespräch fand in der Zeit von 16.30 bis 17.45 Uhr im Pkw im Freien statt. Am Gespräch nahm zur Anleitung und Kontrolle der Stellv. Leiter der Abt. XIX, Gen. Hptm. Fischhaber, teil.

Das Verpflichtungsgespräch wurde entsprechend dem Vorschlag durchgeführt. Wobei vorausgeschickt werden muß, daß anscheinend der ehemalige Mitarbeiter Jenning im Rahmen der Aufklärungstätigkeit des Kandidaten mit diesem schon ein Gespräch mit dem Kandidaten in der Richtung schon geführt haben muß, den Kandidaten zur Zusammenarbeit mit dem MfS zu gewinnen.

Im Verlaufe des Gesprächs lehnte jedoch der Kandidat die Zusammenarbeit mit dem MfS ab. Er brachte dafür fadenscheinige Gründe vor. So sprach er davon, daß ihm eine solche Zusammenarbeit in ~~solchem~~ ^{hohem} Maße psychisch belasten würde und er wäre es nicht gewohnt, mit einem doppelten Gesicht aufzutreten. Des weiteren erklärte er, daß dadurch seine Existenz bedroht wäre. Er begründete das damit, daß er bei Bekanntwerden der Zusammenarbeit mit dem MfS unter den Kollegen jegliches Vertrauen verlieren würde und eine durch 20jährige Tätigkeit im Bw Neustrelitz erworbene Achtung dahin wäre. Als ihm versichert wurde, daß die Konspiration in der Zusammenarbeit in unserem und auch in seinem Interesse liegt, brachte er weitere Gründe vor. So berief er sich darauf, daß in der Vergangenheit unrechtmäßig Kollegen zur Verantwortung gezogen wurden. Er ~~führte~~ ^{führte} dazu, daß die Kollegen [REDACTED] und [REDACTED], er führte das als Beispiel an, wegen Staatsverleumdung verurteilt wurden. Weiterhin brachte er zum Ausdruck, daß er nicht versteht, warum Kollegen nicht zum Besuch zu Verwandten in die BRD reisen können. Als er in dieser Richtung auf die bestehenden einschlägigen Bestimmungen hingewiesen wurde, erklärte er, daß die Zusammenarbeit mit dem MfS ihm in dieser Richtung Beschränkungen auferlegen könnte.

Er befürchtet z. B., daß er dann nicht mehr seinen in der BRD wohnenden Bruder besuchen darf, obwohl er in dieser Richtung noch keine Anstrengungen unternommen hat, um seinen Bruder, der in Westdeutschland an Krebs erkrankt ist, zu besuchen, befürchtet er von vornherein einen ablehnenden Bescheid. Dann brachte er Argumente vor, daß man ihm auch nicht gestattet hätte, als Tourist zur Fußballweltmeisterschaft zu fahren.

Insgesamt zeugten seine Argumente von einer großen politischen Unreife. Es war zu erkennen, daß der Kandidat generell nicht bereit ist, mit dem MfS inoffiziell zu unterstützen. Dieses wurde auch in einer abschließenden Erklärung schriftlich festgehalten.

37

BStU 000044

- 2 -

Seine Argumente gipfelten darin, daß alle anderen, nur nicht er, etwas Konkretes für den Schutz unseres Staates tun sollten. Es war zu erkennen, daß er seine gesamte gesellschaftliche Arbeit im Betrieb bisher nur durchführte, um damit seine Stellung als Meister zu festigen. Seine Lebenshaltung ist kleinbürgerlich und in seiner politischen Bildung ist er völlig unausgereift und es ist zu vermuten, daß er sich von Argumenten des Westfernsehens beeinflussen läßt.

Da der Kandidat generell die Zusammenarbeit mit dem MfS ablehnt, wird vorgeschlagen, den IM-Vorlauf in das Archiv der BV Neubrandenburg zur Ablage zu bringen.

Leiter der Abteilung XIX

i. V. Fischhaber
Hauptmann

Mitarbeiter

Schönfeld
Oberleutnant

BStU
000046

F 1

Gründe für das ~~Aufheben~~ Einstellen

Bei dem am 10.7. 1974 durchgeführten Verpflichtungsgespräch erklärte der Kandidat schriftlich, daß er generell nicht bereit ist das MfS inoffiziell zu unterstützen. Ausschlaggebend für diese Erklärung sind seine kleinbürgerlichen Denkgewohnheiten und seine in dieser Richtung tendierende Lebensweise sowie seine politische Unreife. Diese Fakten wurden bei der unzureichenden Aufklärung der Persönlichkeit des Kandidaten durch den operativen Mitarbeiter nicht herausgearbeitet.

Bei Einstellung eines Operativ-Vorganges bzw. einer Operativ-Vorlaufakte ausfüllen!

Zusammenfassung des Ergebnisses der Bearbeitung der im Vorgang registrierten Personen in Übereinstimmung mit dem Personenindex Form 2 und den Angaben im Schlußbericht.

Nur bei Veränderung einer Vorlaufakte zum Vorgang
Die Vorlaufakte ist zum IM bzw. Operativ-Vorgang erhoben

Bestätigt Datum

Anzahl der im Vorgang registrierten Personen

Davon:

in Ermittlungsverfahren mit Haft erfaßt	Personen
in Ermittlungsverfahren ohne Haft erfaßt	"
in Ermittlungsverfahren (Fahndung) erfaßt	"
Geworben	"
Vorbeugende, erzieherische u. and. operat. Maßnahmen	"
Übergeben an andere Organe	"
Nicht vorhandene Möglichkeit der Weiterbearbeitung	"
Geringfügigkeit	"
Krankheit/Tod	"
Unschuld erwiesen	"
Nichtbestätigung, nicht identisch	"

Mitarbeiter Schönfeld

(Schönfeld) Oberleutnant

Leiter der Dienst Einheit Knappe

(Knappe) Oberstleutnant

Bestätigt am von
(Unterschrift)

Abkürzungen und Erläuterungen

Abteilung XIX	Abteilung „19“ des MfS, zuständig für die Kontrolle von Verkehr, Post und Telefon
Aufklärung	hier: Ausspionieren
Bw	Betriebswerk
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS) „zur Sicherung und Durchdringung“ eines bestimmten Bereichs
Konspiration	Geheimhaltung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit

Fragen zur Quelle

Fragen zur Quelle, Bl. 43-44

1. Beschreiben Sie die Situation des Anwerbegesprächs.
2. Listen Sie die Gründe auf, die der Kandidat für seine Ablehnung nennt.
3. Bewerten Sie die Behauptung des MfS-Mitarbeiters, die Gründe seien fadenscheinig.

Fragen zur Quelle, Bl. 46

1. Welcher Grund für seine Ablehnung wird im Stasi-Formular festgehalten?
2. Interpretieren Sie die Notiz des Oberleutnants, der für die „Aufklärung“ des Kandidaten zuständige Kollege hätte nicht gut gearbeitet.

Abschlussfrage zur Diskussion

Menschen, die im Visier der Stasi waren, sind mitunter erstaunt über die Bewertungen und Schlussfolgerungen, die die Stasi-Mitarbeiter über sie notiert haben. Diskutieren Sie: Wie würde der Kandidat möglicherweise reagieren, wenn er heute die Schlussfolgerungen der Stasi lesen würde, weshalb er nicht als Spitzel arbeiten wollte?

Diskutieren Sie: Welchen Wert können die Stasi-Akten für die Forschung haben, wenn die Beurteilungen, Schlussfolgerungen und Einschätzungen der Stasi darin bestenfalls subjektiv, möglicherweise aber auch völlig falsch sind?

Im Visier: Blueser und Trammer

In den 1960er Jahren wurde die Musikrichtung Blues in der DDR zunehmend von offizieller Seite akzeptiert, wobei „Bluesmusik“ auch durchaus die Rockmusik der Rolling Stones oder Jimi Hendrix‘ umfasste. Verbindende Kennzeichen der Anhänger dieser neuen, gegen bestehende Regeln rebellierende Musik wurden im Laufe der Jahre die selbstgemachte „Flick牛仔“, Römersandalen („Jesuslatschen“), ein Parka und eine Vorliebe für das Trampen.

Ihren Höhepunkt erreichte die Blueserszene in der DDR zum Ende der 1970er Jahre. Zur Kontrolle der Subkultur, die sich als „Gegenkultur“ zur offiziellen Jugendkultur verstand, suchte die Stasi geeignete Informanten. Sie schätzte die friedensliebenden Jugendlichen der Szene als labil und kriminell gefährdet ein, die schmutzige, ungepflegte Kleidung und Schuhe trügen und ungenügend Körperpflege betrieben.

In Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz, waren Stasi-Mitarbeiter auf einen 20-jährigen aus der Szene aufmerksam geworden, der ihnen vielleicht zuarbeiten würde. Zum Schutz seiner wahren Identität haben wir einige Stellen in unserer Veröffentlichung unkenntlich gemacht und nennen ihn Albin Schroth.

Dokument 1: Begründung der Notwendigkeit der Schaffung eines VL-IM, 16.3.1978

Dokument 2: Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 20.3.1978

Dokument 3: Bericht über die Kontaktaufnahme, 27.3.1978

Dokument 4: Bericht über das Kontaktgespräch, 28.3.1978

Dokument 5: Bericht über den Treff mit dem VL-IM, 19.6.1978

Dokument 6: Bericht über den Treff mit dem VL-IM, 3.7.1978

Dokument 7: Abschlusseinschätzung, 12.1.1980

Abkürzungen und Erläuterungen

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten

Kreisdienststelle Großenhain

Großenhain, den 16. März 1978

BSU
000011

Begründung der Notwendigkeit der Schaffung eines VL-IM
auf der Linie XX negative und labile Jugendliche

Zur weiteren Durchdringung des pol.-op. Schwerpunktbereiches Jugend macht sich die Schaffung eines geeigneten VL-IM welcher Verbindungen unter negativen und labilen Personenkreisen besitzt, notwendig. Mit Hilfe des VL-IM sollen insbesondere jugendliche Gruppierungen bzw. Einzelpersonen aufgeklärt und erkannt werden. Dabei geht es in erster Linie um solche Jugendliche, die als labil bekannt sind und kriminell gefährdet sind. Der VL-IM soll besonders im Freizeitbereich jugendlicher Personen tätig werden und neben negativen und labilen Verhaltensweisen solche Probleme wie Partywohnungen, Hinweise zu Handlungen gemäß §213 StGB, Ablehnung des Wehrdienstes, Erscheinungen der PID ua. aufklären. Bei dem Kand. muß es sich um eine Person handeln, die regelmäßig Tanzveranstaltungen besucht und relativ selbstständig ist. Die Schaffung eines VL-IM unter diesen Personenkategorien macht sich u. a. auch dadurch notwendig, daß sich im zunehmenden Maße negative Verhaltensweisen unter Jugendlichen bemerkbar machen und die gegenwärtige Basis zur lückenlosen Kontrolle dieser Erscheinungen nicht ausreicht.

Gesehen: Förster
Hauptmann

May
Oberleutnant

Leiter der Kreisdienststelle
Schiffel
Major

Von der Beauftragtenaufnahme
dell. Einberechtigung zur NVA prüfen.

Kreisdienststelle Großenhain

Großenhain, den 20. März 1978

7

BSU
000012

Vorschlag zur Kontaktaufnahme zum Kandidaten Schroth, Albin

Durch unterzeichnenden Mitarbeiter wird vorgeschlagen, den

Schroth, Albin

geb. am : [redacted], 1958
geb. in : Großenhain
whft.in : [redacted]

am 23.3. 1978 auf Kontakt zu nehmen. Die Kontaktaufnahme soll im VPKA Großenhain erfolgen und wird mittels einer Vorladung zur Abtl. PM legendiert. An der Kontaktaufnahme nimmt der AG-Leiter Gen. Hptm. Förster teil. Der Kand. wird durch den MA zu seinen gegenwärtigen Verbindungen befragt und im Gespräch über diese Probleme abgeschöpft. Es ist beabsichtigt, daß der Kand. freiwillig zu seinen Verbindungen ~~sein~~ sowie seinen weiteren Plänen und Absichten Stellung nimmt. Im Gesprächsverlauf werden durch den MA einige bisher aufgetretene negativen Verhaltensweisen von Jugendlichen dargelegt und an Hand dieser Beispiele werden die Auswirkungen derartiger Fragen dargelegt, bzw. aufgezeigt. Der Kand. soll erkennen, daß es unserem Organ darum geht in erster Linie vorbeugend zu arbeiten und das dazu auch das rechtzeitige Wissen über negative Erscheinungen notwendig ist. Dem Kand. wird erklärt, daß wir mit ihm weitere Gespräche führen werden, wo es konkret um Entwicklungstendenzen unter Jugendlichen gehen wird. Ihm wird dargelegt, daß er über dieses sowie über alle weiteren Gespräche strengstes Stillschweigen zu wahren hat und es wird ihm eine schriftliche Schweigeverpflichtung abverlangt. Im Anschluß daran erfolgt eine erneute terminliche Vereinbarung. Im ersten Kontaktgespräch soll der Kand. noch nicht mit ~~xxx~~ Problemen vertraut gemacht werden, die bei einer ev. Dekonspiration größere Auswirkungen haben könnten. Er ist langsam an die Probleme der inoffiziellen Tätigkeit heranzuführen.

Gesehen: Förster
Hauptmann

May
Oberleutnant

Leiter der Kreisdienststelle

Schiffel *C-für 21.3.78*
Major

- *Vorladung über Grenzpolizei VPKA*
- *Reisungsgeld muß Versicherung durch Art. IX sein*
- (Darauf wurde ein OPK-Abdruckbe. nicht nicht eingegangen)*

Kreisdienststelle Großenhain

Großenhain, den 27.03.1978

ESTU

000013

Bericht über die Kontaktaufnahme zum Kand. Schroth

Entsprechend des Vorschlages zur Kontaktaufnahme wurde der Kand. am 23.03.1978 13.30 Uhr durch den Grenzzoffizier des VPKA bestellt und durch unterzeichnenden Mitarbeiter sowie den Gen. Hptm. Forster auf Kontakt genommen. Ausgangspunkt des Gespraches war seine Verbindung zu dem [REDACTED] sowie seine aus diesem Grunde erfolgte Vernehmung durch unser Organ. Der Kand. brachte zu Beginn des Gespraches zum Ausdruck, daß er am 22.03.78 in Leipzig zur Zeugenaussage war, da zu diesem Zeitpunkt die Verhandlung vor einem Militärgericht, gegen den [REDACTED] stattfand. Er selbst wurde nur als Zeuge gehört und anschließend entlassen. Die Verhandlung soll unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden haben. Gleichfalls als Zeuge war [REDACTED] geladen. Durch den MA wurde dem S. die Frage gestellt, wie er jetzt zu dem Problem [REDACTED] steht und welche Schlußfolgerungen er gezogen hat. Er erklärte, daß er einiges falsch gemacht hat und wahrscheinlich [REDACTED] keinen guten Dienst erwiesen hat, gleichzeitig brachte er jedoch zum Ausdruck, daß [REDACTED] ja nichts weiter wollte als nach der BRD und man ihn doch hätte gehen lassen sollen. Laut dem Helsinkier Abkommen könnte jeder Mensch seinen Wohnsitz dort wählen wo er es will. Aus diesem Grunde erfolgte auch die Verbindung zum ZDF. Durch das ZDF hätte [REDACTED] und damit teilweise auch er erst die entsprechenden Abkommenstexte erhalten bzw. Hinweise dazu. Er stellte die Frage warum das Abkommen nicht bei uns veröffentlicht wurde. Durch den MA wurde dieses Problem eindeutig beantwortet, der Kand. hatte dazu keine weiteren Fragen. Zu seiner ehemaligen Absicht, gleichfalls einen Übersiedlungsantrag zu stellen, erklärte er, daß diese Absicht nicht mehr besteht. Im weiteren Gespräch wurde auf seine Verbindungen eingegangen und dabei Fragen des Trampens in den Mittelpunkt gestellt. An Hand von Beispielen wurde ihm aufgezeigt, um was es uns hierbei geht und daß wir im Grunde nichts gegen das Trampen im ordentlichen Stil haben. Ihm wurde eindeutig mitgeteilt, daß es um die Verhinderung von Rowdyhaften Handlungen u.a. geht. Der Kand. sah diese Problematik ein und brachte zum Ausdruck, daß unter den Großenhainer Trampern in dieser Beziehung Klarheit herrscht. Zu seinen Verbindungen erklärte er, daß er mit [REDACTED] in der Vergangenheit getraut ist. Er interessiert sich für Bluesveranstaltungen sowie für Auto und Motorradrennen. Wobei er feststellte, daß es ihm in erster Linie darum geht mit anderen Jugendlichen Kontakt zu haben. Gegenwärtig gibt es keine Aktivitäten in Bezug auf das Trampen, man wartet besseres Wetter ab. Zum Trampertreff in Prag über Ostern 1978 konnte der Kand. keine Angaben machen. Im Gespräch mit dem Kand. wurde darauf eingegangen, daß wir uns in Zukunft in regelmäßigen Abständen mit ihm unterhalten wollen, wobei es um allgemein interessierende sowie auch spezielle Fragen gehen wird. Der Kand. brachte sein Einverständnis zu weiteren Unterhaltungen zum Ausdruck und unterschrieb ohne Zögern eine Schweigeverpflichtung.

BSTU

000014

- 2 -

Igm wurde nahegelegt, über den Kontakt zu unserem Organ gegenüber anderen Personen zu schweigen. Die Gespräche finden auf der Basis des Vertrauens statt und wir erwarten vom Kand. daß er sich dem MfS gegenüber ehrlich verhält. In diesem Zusammenhang wurde ihm eine entsprechende Legende betreffs der Vorladung zum VPKA Großenhain gegeben. (Nochmalige Aussage betreffs der Verh. in Leipzig) Mit dem Kand. wurde ein erneuter Termin vereinbart, wobei ihm die Notwendigkeit des Treffs an einer anderen Stelle erläutert wurde.

Der Kand. machte im Verlaufe des Gespräches einen sicheren Eindruck und trat ordentlich auf. Es muß eingeschätzt werden, daß sein Klassenstandpunkt noch nicht gefestigt ist und er sehr langsam an die zu lösenden op. Aufgaben herangeführt werden muß. Im Verlaufe der weiteren Gespräche ist das Vertrauensverhältnis zu unserem Organ auszubauen und mit dem Kand. sind in erster Linie politisch-ideologische Probleme zu behandeln. Der Kand. macht einen aufgeschlossenen Eindruck und ist in der Lage aufgeworfene Probleme zu erfassen. Er ist geistig in der Lage Aufgaben zu erfüllen.

Gesehen: F ö r s t e r
Hauptmann

M a y
Oberleutnant

Kreisdienststelle Großenhain

Großenhain, den 28.03.1978

10

BStU 000015

Bericht über das Kontaktgespräch mit dem Kand. Schroth

Am 27.03.78 fand ein erneutes Kontaktgespräch mit dem Schroth, Albin statt. Der Kand. erschien zum Termin und machte einen ordentlichen Eindruck. Er erklärte zunächst, daß er wenig Zeit habe, da er Besuch erwartet. Seiner Bitte entsprechend wurde das Gespräch nicht lange ausgedehnt, sondern es wurde ein erneutes Gespräch vereinbart. Der Kand. antwortete auf die Frage, ob es irgendwelche Probleme in Auswertung des vorangegangenen Gespräches gibt, daß es seinerseits keine Unklarheiten gibt. Er sei zunächst bereit Gespräche zu führen wies aber darauf hin, daß er nicht als MA des MfS gelten will. Ihm wurde daraufhin eindeutig erläutert, daß es darum auf keinen Fall geht, sondern daß es darum geht offene Probleme zu klären. Unter diesen Bedingungen ist der Kand. bereit Treffs durchzuführen. Im weiteren Verlaufe des Gespräches wurden nochmals auf persönliche Fragen eingegangen, wobei der Kand. zum Ausdruck brachte, daß er gegenwärtig eine Freundin hat und er mit dieser ein Kind hat. Sein Verhältnis zu den Schwiegereltern ist gespannt. Wöchentlich einmal fährt der Kand. Schroth zu seiner Freundin. Ihm wurde in diesem Zusammenhang angeboten, diese Tage zu gemeinsamen Treffs zu nutzen, was der Kand. annahm. Gegenwärtig gibt es nach Aussagen des Kand. keine Probleme, die einer Zusammenarbeit mit dem MfS im Wege stehen. Andeutungen über eine künftige enge Zusammenarbeit wurden dem Kand. bisher nicht gemacht, da er an diese Problematik langsam herangeführt werden muß. Nach der Durchsprache allgemeiner Probleme wurde der Treff beendet und ein erneuter Termin vereinbart. Der Kand. wurde zum Abschluß nochmals auf die Schweigepflicht hingewiesen.

Maly
Oltn.

cfm

Kreisdienststelle Großenhain

Großenhain, den 19.06.78

31
ESTU

000046

Bericht über den Treff mit dem VL-IM **Schroth, Albin**

Am 17.06.78 wurde der VL-IM nach Bestellung durch den MA getroffen. Der Treff fand im PKW statt. Dem VL wurde durch den MA dargelegt, daß von ihm in Zukunft erwartet wird, daß er die festgelegten Termine einhält und pünktlich erscheint. Ihm wurde die Frage nach seinen Verbindungen gestellt, wobei er äußerte, daß er mit einer Vielzahl von Jugendlichen verkehrt und diese als völlig in Ordnung einschätzt. Obwohl es hin und wieder zu Schlägereien kommt und diese zu den Verhaltensweisen dazugehören wird seiner Meinung nach keiner dieser Jugendlichen etwas tun was nicht in Ordnung wäre. Er begründete Schlägereien und Saufereien damit, daß dies ein gewisser Ausgleich für die Jugendlichen ist. Er verkehrt mit [REDACTED] u.a. Gegenwärtig ist er viel in [REDACTED], da er eine feste Freundin hat und diese ein Kind von ihm hat. Trotz dieser Verbindung verkehrt er weiter mit vorgenannten Jugendlichen und verbraucht dadurch einen großen Teil seines Lohnes für Getränke. Im Gespräch kam zum Ausdruck, daß der VL-IM voll und ganz ~~xxxxix~~ der pol.-ideologischen Diversion unterlegen ist und äußert wenig für unseren Staat übrig hat. Dies kam zum Ausdruck, als ihm angedeutet wurde, daß wir mit ihm weiterhin in Kontakt bleiben wollen und die Absicht haben ihm auch in gewisser Weise zu helfen. Er erklärte, daß er von solchen Leuten wie wir es sind oder die VP und staatliche "tellen keine Hilfe will und er sowie andere sowieso nur die "angeschissenen" sind. Er legt absolut keinen Wert auf Gespräche mit dem MfS oder anderen Leuten und hat nicht die Absicht weitere Kontakt in dieser Beziehung zu pflegen. Er brachte zum Ausdruck, daß ihm derartige Leute, meinte damit auch andere staatliche Organe, von vornherein unsympathisch sind und der MA darin gleichfalls keine Ausnahme bildet. Ihm wurde eindeutig dargelegt, daß er seine Haltung überprüfen sollte und die Frage gestellt, ob er überhaupt die Absicht hat etwas für den Staat zu tun. Seine Antwort lautete, daß er für sich arbeitet und alles andere ihm völlig egal ist. Er tut nichts für den Staat und lebt seinen eigenen Stil. Er erklärte, daß er jedoch nicht die Absicht habe illegal nach dem Westen zu gehen und auch keinen Antrag auf Übersiedlung stellen will. Man soll ihn in Ruhe lassen, dann wird auch nichts passieren. Durch den MA wurde dem VL erklärt, daß er am 03.07.78 17.30 erneut zum Treff zu kommen hat, ansonsten werden wir Möglichkeiten finden ihn vor seinen Freunden zu dekonspirieren. Er selbst ist der Meinung, daß ihm seine Freunde niemals zutrauen würden, daß er mit dem MfS zusammenarbeitet, selbst wenn sie von dem Kontakt Kenntnis erhalten. Er ging jedoch auf den Vorschlag ein und sagte, daß dieser Termin für ihn endgültig der letzte ist. Im Gespräch erklärte er noch, daß er in Gesprächen mit dem MA sowieso nur das sagt was er will und nichts anderes.

M a y
Oltn.

Wir bleiben trotzdem bei dieser Verbindung.

JP

33

K r e i s g i e n s t s t e l l e G r o ß e n h a i n

G r o ß e n h a i n , d e n 0 3 . 0 7 . 7 8

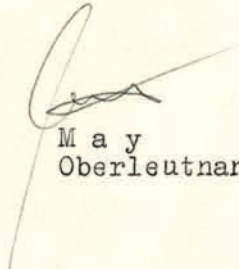
BStU

000049

B e r i c h t ü b e r d e n T r e f f m i t d e m V L - I M S c h r o t h a m 0 3 . 0 7 . 7 8

Am 03.07.78 wurde mit dem VL ein erneuter Treff durchgeführt. Der VL erschien zwar pünktlich zum Treff, brachte jedoch sofort zum Ausdruck, daß er nicht die Absicht hat längere Gespräche zu führen. Er stellt dem MA die Frage wie es weitergehen soll und ob wir weiterhin auf seiner Mitarbeit bestehen. Dem VL wurde auf diese Frage eindeutig gesagt, daß wir auch weiterhin mit ihm in Kontakt bleiben und seine Meinung bzw. seine Einstellung zu den Gesprächen nicht akzeptieren. Wir sind der Meinung, daß der VL in der Lage ist zu erkennen um welche Probleme es geht und uns in der Bekämpfung von negativen Erscheinungen, die Ausgangspunkte für Feindtätigkeiten sind, helfen kann. Wir verlangen und erwarten vom VL, daß er sich danach richtet. Ihm wurde weiterhin mitgeteilt, daß er im Falle der Nichtbeachtung unserer Hinweise die Folgen selbst zu tragen hat. Wir sind bei einer ordentlichen Zusammenarbeit bemüht die Sicherheit des VL zu gewährleisten, könne und wollen dies jedoch nicht wenn er versucht uns mit fadenscheinigen Begründungen zu hintergehen. Der VL erklärte, daß es ihm egal ist wenn andere von den Kontakten erfahren, seine Kumpels würden nicht glauben das er dem MfS was erzählt. Er könne sich darauf verlassen. Zum anderen erklärte er wiederholt, daß er sowieso nur das sagen wird, was wir wissen dürfen und auch überall hören. Über seine Freunde wird er sich nicht auslassen. Sollten in seinen Kreisen Unstimmigkeiten auftreten werden diese selbst untereinander geregelt und bedürfen nicht der Hilfe des MfS. Er will mit der ganzen Geschichte nichts zu tun haben und betonte, daß das Gespräch für ihn abgeschlossen ist und weitere nicht mehr stattfinden brauchen. Durch den MA wurde ihm mitgeteilt, daß eine weitere Kontaktaufnahme erfolgen wird und diese im Betrieb bzw. so erfolgen wird, daß auch seine Freunde Kenntnis davon erhalten. Diese Mitteilung machte auf den VL keinen sonderlichen Eindruck. Er überläßt dem MA diese Entscheidung.

Es wird vorgeschlagen, daß VL-IM nach dem Urlaub des MA erneut zum Treff zu bestellen und ein weiteres Gespräch zu führen. Im Anschluß daran ist die weitere Nutzung zu prüfen.



M a y
Oberleutnant

39

KD Großenhain

Großenhain, 12. 01. 1980

BStU 000060

A b s c h l u ß e i n s c h ä t z u n gzur Zusammenarbeit mit dem VL-IM **Schroth**

Seitens unserer Dienstseinheit bestand zu **Schroth** nach dem er in einer OPK bearbeitet wurde seit März 1978 loser Kontakt. Seit Beginn der Kontaktgespräche mit ihm zeigte sich, daß er unter Vorwenden versuchte, einer direkten Zusammenarbeit aus dem Wege zu gehen. Bei allen Kontaktgesprächen wurden keine greifbaren Ergebnisse erzielt, obwohl **Schroth** dazu in der Lage gewesen wäre. In der Folgezeit wurde **Schroth** insbesondere in Vorbereitung und Durchführung politischer Höhepunkte durch unterzeichneten Mitarbeiter und den Gen. Förster aufgesucht, um in erster Linie, da operativ keine Ergebnisse erwartet wurden, vorbeugend auf **S.** sowie seine Umgebung, die aus negativen und labilen Jugendlichen besteht, zuwirken. In verlaufe des Kontaktes zu **S.** wurde in keinem Fall zu Ereignissen, die er feststellte bzw. an welchen er beteiligt war, reagiert.

Ausgehend vom Stand des Kontaktes zu **Schroth**, seiner charakterlichen Labilität und dekadenten Lebensweise sowie der ihm erwiesenen Unehrlichkeit besitzt er nicht die Voraussetzungen für ein zuverlässiges Zusammenwirken mit unserem Organ. Mit den Mitteln der Konspiration wurde er im Verlaufe des Kontaktes nicht vertraut gemacht. Es wird vorgeschlagen den Vorlauf IM **Schroth** gesperrt abzulegen.

M a y
 Oberleutnant

Leiter der Kreisdienststelle

Schiffel
 Oberstleutnant

Abkürzungen und Erläuterungen

Abtlg. PM	Abteilung Pass- und Meldewesen der Polizei
aufgeklärt	hier: ausspioniert
Gen.	Genosse (Bezeichnung für Mitglieder sozialistischer/kommunistischer Parteien)
Linie XX	Abteilung „20“ des MfS, zuständig für die Kontrolle und Überwachung der Bereiche Gesellschaft, Kirche, Kultur u. ä.
MA	Mitarbeiter (des MfS)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
OPK	Operative Personenkontrolle (heimliche, umfangreiche Überprüfung von Personen)
PID	Politisch-ideologische Diversion (Begriff des MfS für alle Aktivitäten gegen die offizielle Ideologie)
pol.-op.	politisch-operativ (politisch definierte Arbeitsplanung)
VL-IM	Vorlauf Inoffizieller Mitarbeiter (Überprüfungen und Auskünfte zu einem möglichen IM)
VPKA	Volkspolizeikreisamt (Dienststelle der Polizei der DDR)
§ 213 StGB	Paragraf des Strafgesetzbuchs der DDR gegen „unerlaubten Grenzübertritt“ (Flucht)

Das Helsinkier Abkommen wurde 1975 auch von der DDR unterzeichnet. Diese „Schlussakte von Helsinki“ der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) legte unter VII. die Achtung der Menschenrechte fest und dass alle Unterzeichnerstaaten die „Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind“ achten werden.

Bürgerrechtler und Ausreisewillige beriefen sich in der Folgezeit darauf. Sie wollten ihren Wohnort frei wählen dürfen und forderten, dass jeder Bürger der Unterzeichnerstaaten ein Recht auf Ausreise aus seinem Land habe. Dabei beriefen sie sich auf die Erklärung der Menschenrechte von 1948, deren Definitionen die Schlussakte übernommen hatte. Von 1977 bis Mitte 1989 stellten etwa 316.000 DDR-Bürger einen Erstantrag auf Ausreise. 176.000 Anträge wurden im selben Zeitraum genehmigt.

(Angaben aus: Klaus Dietmar Henke et al. (Hrsg.): Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch. Teil 3: Wichtige Dienststeinheiten. Teil: 17: Die zentrale Koordinierungsgruppe Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Berlin 1995, S. 50)

Fragen zur Quelle

Fragen zur Quelle, Bl. 11, 12

1. Wie begründet der Mitarbeiter des MfS die Notwendigkeit, einen jugendlichen Vorlauf-IM zu gewinnen?
2. Formulieren Sie in eigenen Worten die Gesprächstaktik des MfS: Wie will der Mitarbeiter Albin dazu bringen, dass er freiwillig und von sich aus berichtet?

Fragen zur Quelle, Bl. 13-14, 15

1. Fassen Sie zusammen, welchen Eindruck der Mitarbeiter in der ersten Kontaktaufnahme von Albin hat.
2. Zu welcher Art der Zusammenarbeit erklärt sich Albin bereit?

Fragen zur Quelle, Bl. 46, 49, 60

1. Fassen Sie zusammen, wie sich Albin – laut Bericht – jetzt verhält und überlegen Sie Gründe für die Wandlung.
2. Mit welchen Maßnahmen droht das MfS Albin?
3. Wie charakterisiert das MfS Albin in der Abschlusseinschätzung?
4. Vergleichen Sie diese letzte Einschätzung mit der ersten Einschätzung nach dem ersten Kontaktgespräch.

Abschlussfrage zur Diskussion

Bürgerrechtler und Andersdenkende beriefen sich bei ihren Ausreise- oder Übersiedlungsanträgen auf die Schlussakte von Helsinki und das Menschenrecht auf freie Wohnortwahl. Die DDR-Regierung hielt dagegen, dass kostenlose Kindergartenplätze, Schul- und Berufsausbildung den Staat viel Geld gekostet haben und Bürger und Bürgerinnen als erwachsene Berufstätige nun dem Staat Anerkennung und Gegenleistung dafür schuldeten.

Ist es Ihrer Meinung nach berechtigt, wenn ein Staat seinen Bürgern abverlangt, dass sie die ihnen gewährten Güter in irgendeiner Weise zurückzahlen? Denken Sie nicht nur an die DDR, denken Sie an heutige Beispiele: Ärzte aus China oder Software-Experten aus Indien, die in den USA leben, weil sie dort mehr Geld verdienen, Krankenschwestern aus Mexiko, die nach Deutschland kommen und in Mexiko fehlen, Bauarbeiter aus Polen in England

Im Visier: Skinheads

Die DDR-Regierung betonte als den geistigen und historischen Ursprung der DDR stets den antifaschistischen Kampf gegen den Nationalsozialismus, seine Vertreter und Anhänger. Faschismus und Nationalsozialismus sollte es nie wieder in Deutschland geben, zumindest nicht in der DDR. Schon in den 1950er Jahren ließ die DDR-Regierung an drei Stätten ehemaliger Konzentrationslager auf dem Boden der DDR Mahn- und Gedenkstätten errichten. Sie verpflichtete alle Schülerinnen und Schüler der DDR zu deren Besuch, um sie zur Wachsamkeit gegen solche Verbrechen und zum Sozialismus zu erziehen, da nur der Sozialismus gegen solche Verbrechen schütze.

Doch zu Beginn der 1980er Jahre waren neonazistische Umtriebe auch unter DDR-Jugendlichen zu beobachten. Ein 18-jähriger Kellner-Lehrling wurde für die Stasi interessant, als sie einen Informanten für die noch junge, rechte Skinhead-Szene in Ost-Berlin suchte. Der Lehrling schien ideal: Er war bereits 1983 mit faschistoidem Verhalten auffällig geworden und hatte einen entsprechenden Freundeskreis. Als echter Fußballfan des 1. FC Union könne er aber nicht an durch Skins provozierten Schlägereien interessiert sein, meinten die Stasi-Mitarbeiter, denn das störe ja das Fußballerlebnis.

Zum Schutz seiner wahren Identität nennen wir ihn hier Jost Nauert oder nutzen den ihm von der Stasi gegebenen Decknamen „Igel“.

Dokument 1: Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 5.11.1984

Dokument 2: Bericht über die Kontaktaufnahme, 26.4.1985

Dokument 3: Bericht über das Kontaktgespräch, 20.8.1985

Dokument 4: Vorschlag zur Ablage des IMS-Vorlaufs „Igel“, 17.9.1985

Abkürzungen und Erläuterungen

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten

Abteilung XX/2

Berlin, den 5.11.84
Scho 41320bestätigt:
Leiter Abteilung
V. Kupfer
Häbler
OberstVorschlag zur KontaktaufnahmeBSU
000026

Es wird vorgeschlagen, den

Name, Vorname: **Nauert, Jost**
 PKZ: **[REDACTED]**
 wohnhaft: **[REDACTED]**
 Staatsang.: DDR
 Beruf: Kellner
 Tätigkeit: Lehrling
 Arbeitsstelle: **[REDACTED]**
 erfaßt: BV Berlin XX/2 Vorlauf

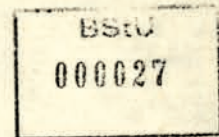
im Rahmen einer Vorbeugungsmaßnahme, für eine inoffizielle Zusammen-
arbeit mit dem MfS zu prüfen.

Bekannt werden des Kandidaten

Der **N.** wurde bereits 1983 für die KD Köpenick VSH erfaßt. Er soll im Zusammenhang mit faschistoiden Tendenzen während seiner Schulzeit **[REDACTED]** in Erscheinung getreten sein. Im Wehrerziehungslager des 9. Schuljahres wurden Schüler durch einige Jugendliche der Klasse als Juden einklassifiziert, beschimpft und drangsaliert. In einer erfolgten Aussprache zu einem späteren Zeitpunkt wurde eingeschätzt, daß **N.** einer der Initiatoren gewesen sein soll. Der **N.** ist am 12.8.84 aufgrund seines Äußeren durch die VP zugeführt worden. Seine Bekleidung bestand aus Fallschirmsprungstiefeln, Jeanshosen und einer Fallschirmsprungjacke. Sein Haarschnitt war extrem kurz. Der **N.** wurde durch die VP aufgefordert, einen am Ärmel seiner Jacke befindlichen Aufnäher abzutrennen. Der Aufnäher wird wie folgt beschrieben: rund, im weißen Außenkreis die Aufschrift "Skinhead Power Deutschland" und rote Buchstaben "OI" im Zentrum Figur mit erhobenen Arm auf schwarz/rot/gelben Untergrund (BRD Flagge), im rot die Aufschrift "Skins rule OK". In einer durchgeführten Befragung sein Äußeres betreffend, legte der **N.** dar, seine Bekleidung als Modeerscheinung zu betrachten. Weiterhin gab er bekannt, in einer Gruppierung von ca. 20 Jugendlichen integriert zu sein, die ähnlich dem **N.** gekleidet sind und auch einen solchen Haarschnitt haben. Aus dieser Gruppierung sind ihm die Spitznamen einiger Personen bekannt. Dabei handelt es sich um einen

1. "**[REDACTED]**"
2. "**[REDACTED]**"
3. "**[REDACTED]**"

4. " [REDACTED] "
 5. " [REDACTED] "
 6. " [REDACTED] "
 7. " [REDACTED] "
 8. " [REDACTED] "
 9. " [REDACTED] "
 10. " [REDACTED] "



Als gemeinsame Interessen nannte er das Aufsuchen von Fußballspielen des 1.FC Union Berlin, Tanzveranstaltungen sowie gemeinsamen Ausflügen. Nach Angaben des N. treffen sich die Mitglieder der Gruppierung Donnerstags im Pfarrhaus der evangelischen Kirche in

1160 Berlin, Firlstraße

um gemeinsam einen Teil ihrer Freizeit zu verbringen. Am 23.10.84 wurde mit dem N. im Trapo-Amt Berlin ein Vorbeugungsgespräch mit dem Ziel, der Prüfung objektiver und subjektiver Faktoren zur Eignung des N. auf inoffizieller Basis geführt.

Eignung des Kandidaten

Der N. ist seit mehreren Jahren ein aktiver Anhänger des 1.FC Union Berlin. Im Zusammenhang mit Fußballspielen soll es noch zu keinerlei rowdyhaften Handlungen seinerseits gekommen sein. Sein Interesse gilt dem Fußballsport, da er selbst [REDACTED] Fußball spielt. Seit ca. einem halben Jahr hat sich bei den Spielen des 1.FCU abgezeichnet, daß der N. in einer Gruppierung jugendlicher integriert ist, die dem Äußeren entsprechend als sogenannte "Skinhead" einkategorisiert werden können. Durch diese Jugendlichen ist es bei Fußballspielen noch zu keinerlei bekannten strafrechtlich relevanten Handlungen gekommen. Im Verlauf des Vorbeugungsgesprächs vom 23.10.84 wurde offensichtlich, daß der N. intellektuell Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit dem MfS hat. Es wurde weiter ersichtlich, daß seine Grundeinstellung zu staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen nicht negativ ist. Seinen Umgangskreis betreffend, war er auch in diesem Gespräch bereit, Angaben zu einzelnen Personen bzw. Beziehungen untereinander zu machen. Bei den aufgezählten Spitznamen handelt es sich ganz offensichtlich um seinen Bekanntenkreis. Außerdem besucht er jede Woche die Heim- und Auswärtsspiele des 1.FCU in der Gruppierung jugendlicher. Es kann eingeschätzt werden, daß er ein anerkanntes Mitglied dieser Gruppierung ist, ohne als Initiator bezeichnet werden zu können. Außerdem soll er sich auch an anderen gemeinsamen Veranstaltungen, wie das Aufsuchen von Diskotheken, beteiligen.

Zur Person

Der N. hat einen 10 Klassenabschluß mit dem Prädikat "gut". Nach eigenen Angaben galt sein besonderes Interesse den Fächern Geschichte und Mathematik. Im Stabi-Unterricht soll es zu Provokationen seinerseits gekommen sein. Der N. wird insgesamt als intelligent eingeschätzt. Aus einer Beurteilung von Lehrkräften geht hervor, daß der N. im Elternhaus prowestlich erzogen worden ist. Sowohl diese als auch die folgenden Angaben beziehen sich auf Einschätzungen aus den Jahren 1982 und 1983 im Zusammenhang mit faschistoiden Tendenzen an der POS. Aufgrund durchgeführter Aussprachen seitens des Lehrkollektivs der POS mit einzelnen Jugendlichen in Auswertung der Vorkommnisse aus

167

dem Wehrerziehungslager, können Sachverhalte und Einschätzungen offiziell genutzt werden. An der Schule ist es im Dezember 1983 zu einem weiteren Vorkommnis gekommen. Im Rahmen einer Weihnachtsfeier wurde durch einige Schüler, unter ihnen auch der N., in den Saal uriniert und Gegenstände aus dem Fenster geworfen. Weiter wurde bekannt, daß bei den Tischtennis-Platten vor der 18. POS, ein Treffpunkt jugendlicher sein soll. Dort wurden 1983 durch die VP ca. 50 Jugendliche personifiziert, da diese sich teilweise mit erhobenem Arm (Hitlergruß) begrüßt haben. Unter ihnen soll auch der N. gewesen sein. Aus dem vorhandenen Material ist weiterhin ersichtlich, daß der N. in Besitz mehrerer westlicher Erzeugnisse, von größerem materiellen Wert ist.

Der N. ist Kellner in der [REDACTED], wo er seine berufspraktische Ausbildung hat. Die BBS für Gastronomie ist in Berlin-Springpfuhl. Die Arbeit in diesem Beruf soll ihm gefallen. Organisiert ist der N. in der FDJ, dem DTSB und im FDGB. Seit einigen Jahren soll er in der [REDACTED] Fußball spielen.

Der N. ist seit einigen Jahren Anhänger des 1. FC Union Berlin. Motiviert hat ihn der gemeinsame Besuch von Fußballspielen mit seinem Vater.

Durchführung der Kontaktaufnahme

Es wird vorgeschlagen, die Kontaktaufnahme in der Wohnung der Eltern des Kandidaten durchzuführen. Unterzeichner ist dem Kandidaten im Rahmen der durchgeführten Zersetzungsmaßnahme als Angehöriger der VPK bekannt. Bei dieser Zersetzungsmaßnahme vom 22.10.84 und 23.10.84 wurde ersichtlich, daß sich die betroffenen Personen untereinander austauschen, hinsichtlich der Vorladungen und durchgeführten Gespräche. Um den Kandidaten nicht zu dekonspirieren, wird eine weitere Vorladung durch ein Organ der VP nicht in Erwägung gezogen. Die Kontaktaufnahme soll am 16.11.84 erfolgen. Als Legende soll das am Sonntag stattfindende Fußballspiel zwischen dem 1. FC Union und der Mannschaft BFC Dynamo II dienen. Dem Kandidaten wird dargelegt, daß im Zusammenhang mit diesem Fußballspiel, aus Vorbeugegesprächen mit BFC-Anhängern hervorgegangen ist, tätliche Auseinandersetzungen zu provozieren. Auf der Grundlage des mit dem Kandidaten am 23.10.84 durchgeführten Vorbeugungsgespräche und der offensichtlich gewordenen positiven Einstellung zu dieser Problematik, soll der Kandidat aufgefordert werden, derartigen Auseinandersetzungen im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegen zu wirken. Dem Kandidaten soll nochmals erläutert werden, daß durch einzelne Jugendliche kein sportliches Interesse am Fußball bekundet wird, sondern diese sich ausschließlich zum provozieren tätlicher Auseinandersetzungen auf den Fußballplatz begeben. Der N. soll dazu veranlaßt werden, mündlich seine Bereitschaft zu erklären, sich am Mittwoch dem 21.11.84 um 16.00 Uhr im Trapo-Amt einzufinden, um Angaben über eventuelle Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Spiel 1. FCU-BFC Dynamo II zu machen. Bei dem Kontaktgespräch kann die Anwesenheit der Mutter des N. genutzt werden, da diese offensichtlich einen positiven Einfluß auf ihren Sohn ausübt. Dem Kandidaten wird erklärt, daß es im Interesse seiner eigenen Person ist, gegenüber anderen Jugendlichen über dieses Gespräch zu schweigen.

BStW

000028

BStU
000029

4/14

Einschätzung durch Unterzeichner

Bei dem N. handelt es sich offensichtlich um einen Jugendlichen, der aufgrund seiner Leistungen während der Schulzeit und einer damit verbundenen positiven Lerneinstellung, in seinem Kollektiv wenig Anerkennung gefunden hat. Diesem Umstand versuchte er durch Provokationen, z.B. im Stabü-Unterricht, entgegenzutreten. Eine entsprechende Reaktion von einigen Mitschülern, dürften ihn veranlassen haben, sein Verhalten vordergründig so einzurichten. Aufgrund der intellektuellen Voraussetzungen ist der N. auch in der benannten Gruppierung jugendlicher anerkannt. Weiterhin wurde der N. offenbar stark materiel orientiert erzogen und verfügte auch schon während der Schulzeit über größere Mittel, was ihn andererseits auch in den Mittelpunkt stellte. Diese Umstände dürften auch in seinem neuen Umgebungskreis bekannt sein und ihm auch hier zu einem gewissen Ansehen verhelfen. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese faschistoiden Tendenzen aus persönlichen Konflikten resultieren. Die Aufklärung der Person des N. soll dahingehend sein, Einflußmöglichkeiten aus dem Elternhaus zu prüfen. Außerdem soll im Zusammenhang mit einer Ermittlung im Arbeitsbereich geprüft werden, wie weit Arbeitsdisziplin und Lerneinstellung bei der Berufsausbildung eine positive Haltung des N. zum Ausdruck bringen. Im durchgeführten Vorbeugegespräch entstand der Eindruck, daß sich der N. mit strafrechtlichen Problemen im Zusammenhang mit seinem Äußeren nicht eingehend befaßt hat. Daß es sich bei dem N. um keinen Anhänger handelt, der auf Fußballplätzen tätliche Auseinandersetzungen provoziert, zeigen seine eigenen sportlichen Aktivitäten auf diesem Gebiet. Im Verlauf dieses Gesprächs zeigte sich weiterhin, daß sein Auftreten nicht so selbstsicher ist, wie innerhalb der Gruppierung. Auch im Vergleich zu den anderen vorgeladenen Mitgliedern dieser Gruppe jugendlicher, scheint der N. noch am leichtesten beeinflusbar. Wenn der N. bei dem am Freitag stattfindenden Gespräch äußert, das Fußballspiel am Sonnabend nicht zu besuchen, wird er mündlich zu dem genannten Termin vorgeladen. Dem N. wird dargelegt, daß seine bisherige Entwicklung und damit verbundene Vorkommnisse den Staatsorganen bekannt sind und mit dem von ihm gemachten Angaben nicht übereinstimmen. Aus diesem Grund wird ein weiteres Gespräch in seinem Interesse für notwendig erachtet.

Schollmeyer
Fw

- die Objektivität und subjektive LZ ist fast herausgearbeitet. Ebenso die fasz. Konzeption.
- damit hinaus:
- wer führt die LZ durch?
- Wenn im Elternhaus (mit Ausnahme des pos. Einflusses des Vaters) nur die Eltern übertrifft und nicht aufplätt sein
- Wenn es im Elternhaus die LZ kommt (als offizielles fasz. u. p. - typisches beim unrel. Punkten o. Disziplinlosigkeit) und über den in offiz. u. off. über die fasz. fasz. werden (auch wie zu den Kontakt fasz. Eltern steht - erzw. bzw. nach wie zu benutzen u.a.)

Transkript der Randbemerkungen

Die objektive und subjektive Seite
ist gut herausgearbeitet.

Ebenso die Gesprächskonzeption,
darüber hinaus:

- Wer führt die KA [Kontaktaufnahme] durch?
- Wenn im Elternhaus (mit Ausnutzung des pos. Einflusses der Mutter) müssen die Eltern überprüft und minimal aufgeklärt sein
- Wenn es im Elternhaus zur KA kommt (als „offiziell“ Gespräch) muß spätestens beim anschließenden „...gespräch“ ausführlich über den inoffiziellen Charakter der Gespräche gesprochen werden (auch wie er den Kontakt gegenüber Eltern erlaubt – einmalig, brauchen sich nicht zu beunruhigen u. a.)

Abt. XX/2

Berlin, den 26.4.85
Scho 41 320Bericht über durchgeführte KontaktaufnahmeBsp
000032

Am 26.4.85 wurde durch Unterzeichner und Gen. Schiemenz in der VPI Köpenick die geplante Kontaktaufnahme mit dem IM-Vorlauf "Igel" durchgeführt. Der N. wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß dieses Gespräch durch Gen des MfS geführt wird. Dem IM-Vorlauf ist durch Unterzeichner einführend erklärt worden, daß sich die Aufgaben des MfS auch auf die vorbeugende Arbeit bezieht. Eingeschlossen ist diese mit Jugendlichen, durch welche Großveranstaltungen besucht werden. Dazu gehört auch die gesamte Problematik des Fußball in der Hauptstadt. Der IM-Vorlauf ist aufgefordert worden, eine Einschätzung über die Entwicklung und Tendenzen im Anhang des 1. FC Union abzugeben, da er alle Spiele dieses Clubs besucht und objektiv dazu in der Lage sein müßte. Der N. war dazu bereit und schilderte, daß seiner Meinung nach mit dem Abstieg des Clubs zwar die Anzahl der Anhänger zurückgegangen sei, aber aufgrund der nichtvorhandenen Präsenz von VP-Kräften in den Stadien sowie im Stadtgebiet die Fußballanhänger eher zu rowdyhaften Handlungen neigen. Auch hat sich seines Erachtens nach der Anhang insgesamt verjüngt. Weiterhin wurde ihm die Frage gestellt, wie er perspektivisch diese Entwicklung im Zusammenhang mit dem Aufstieg des 1. FC Union sieht. Er schätzt ein, daß sich mit dem Aufstieg der Anhang wieder vergrößert, glaubt aber aufgrund umfangreicher Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Spielen rowdyhaften Ausschreitungen besser vorbeugt wird und diese somit zurückgehen. Ihm wurde erwidert, daß sich eine zurückgehende Tendenz beim BFC Dynamo trotz dieser Möglichkeiten nicht gezeigt hat. Der IM-Vorlauf erwähnte auch ihm bekanntgewordene Vorkommnisse aus Fürstenwalde, jedoch nur den Umstand und keine Hinweise. Durch Unterzeichner wurde ihm dargelegt, daß bei den vergangenen Spielen offensichtlich Gruppierungen straffällig gewordener Jugendlicher auftraten. Diese fallen durch ihr ungepflegtes Äußeres und Tätowierungen auf. Aufgrund in der Vergangenheit gemachter Erfahrungen wirken diese Personenkreise inspirierend in Bezug auf rowdyhafte Handlungen im Fußballanhang. Der N. wurde auf der Grundlage seines sportlichen Interesse, sowie seiner positiven Einstellung zu staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR gefragt, ob seine Bereitschaft vorhanden ist, unser Organ bei der vorbeugenden, schadensverhütenden Arbeit zu unterstützen bzw. Angaben zu Vorkommnissen anlässlich von Fußballspielen, hauptsächlich auf den genannten Personenkreis bezogen, zu machen. N. reagierte indem er sagte, keine "Spitzeldienste" zu leisten. Ihm wurde gesagt, daß dieser Ausdruck unangebracht ist, da er auf die Kap. Gesellschaft zutrifft und die von uns gestellte Forderung ganz einfach Pflicht eines bewußten Staatsbürgers sein muß, für Ordnung und Sicherheit einzutreten. Er erklärte seine grundlegende Bereitschaft, schränkte jedoch ein als ihm erläutert wurde, wie eine Verbindungsaufnahme erfolgen müßte. Er gab mehrmals von sich, am liebsten "in Ruhe gelassen zu werden".

Aufgrund der Situation wurde er nur mündlich belehrt, über das stattgefundenene Gespräch, den Inhalt und die Personen der MA Stillschweigen zu wahren, einschließlich gegenüber seinen Eltern.

Daraufhin bekundete er, für diese Aufgaben ungeeignet zu sein, da er den Eltern nichts verschweigen möchte und die Form der Zusammenarbeit und Verbindungsaufnahme ihm "umständlich und aufwendig" erscheint. Im weiteren Gesprächsverlauf wurde ihm verständlich gemacht, daß seine ablehnende Haltung Widersprüche aufwirft. Die uns bekannte progressive Haltung und offensive Argumentation im Rahmen seiner gesellschaftlichen

21
KZ

Arbeit an der BBS, vereinbart sich nicht mit seinem Verhalten und Auftreten in diesem Gespräch, auch wenn es seines Erachtens nach ein Vertrauensbruch gegenüber dem Elternhaus darstellt, nicht den vollen Inhalt des Gesprächs widerzugeben. Dem N. wurde vorgeschlagen gegenüber dritten Personen, diese Vorladung mit seiner geplanten Fahrt in die CSSR zu begründen. Damit in Zusammenhang wurde der IM-Vorlauf befragt, ob eine Fahrt seinerseits geplant ist. Er wurde belehrt sich entsprechend den Gesetzen des Landes zu verhalten und als DDR-Bürger aufzutreten.

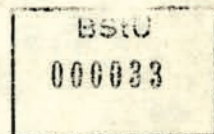
Ihm wurde vorgeschlagen, während der Zeit seiner theoretischen Ausbildung an der BBS die Möglichkeit zu nutzen, Unterzeichner über die Tel.Nr. auf der Vorladung zu erreichen um einen Termin zu vereinbaren. Der IM-Vorlauf erklärte sich bereit am 6.5.85 gegen 15.00 Uhr anzurufen. Er wurde aufgefordert bis zu diesem Zeitpunkt die aufgeworfenen Fragen zu überdenken.

Eindruck des IM-Vorlauf auf Unterzeichner

Durch einen Anruf seines Vaters aufgrund Namensgleichheit hatte der IM-Vorlauf Kenntnis davon, daß es sich um ein Vorbeugegespräch handelt. Er zeigte sich auch nicht überrascht, daß durch das MfS mit ihm gesprochen wurde. Nachdem das Gespräch in Richtung Zusammenarbeit und Verbindungsaufnahme gelenkt und die Belehrung erfolgte, wurde eine ablehnende Haltung offensichtlich. Der "Vertrauensbruch" gegenüber seinen Eltern kann als Vorwand gewertet werden, gemessen an seinem Verhältnis zur Mutter, die keine Kenntnis von den Freizeitaktivitäten ihres Sohnes hat. Ehrlich erregt zeigte er sich bei der Bemerkung, seine hervorzuhelende Argumentationsfähigkeit an der Schule beruht auf dem Bestreben nach guten Beurteilungen und Zensuren.

den Führungspersonen folgen.

Schollmeyer
Schollmeyer, Fw



XX/2

Berlin, den 20.8.85
Scho 41 320Bericht über durchgeführtes KontaktgesprächBStU
000034

Im Rahmen der Befragung des " Igel " am 18.7.85 wurde durch Unterzeichner ein weiteres Gespräch geführt. Trotz vorheriger Absprache hatte dieser sich nicht zum vereinbarten Zeitpunkt gemeldet. Er äußerte sich dahingehend, mit seinen Eltern gesprochen zu haben. Diese vertraten im Gespräch die Meinung, wenn er nicht will kann man ihn nicht zwingen. " Igel " brachte wiederholt zum Ausdruck, seine Ruhe haben zu wollen. Er ist nicht bereit, konkrete Angaben zu Personen aus seinem Freundeskreis zu machen. Unterzeichner äußert sich dahingehend, daß auf der Grundlage unserer Verfassung und bestehender rechtlicher Bestimmungen, jeder Bürger verpflichtet ist, zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit beizutragen. Dies schließt die Unterstützung staatlicher Organe bei der vorbeugenden Arbeit im Zusammenhang mit Fußballspielen ein. Da " Igel " in seinem Lehrlingskollektiv als FDJ-Funktionär fungiert und man neben einem bestimmten Niveau auch einen Klassenstandpunkt und Bewußtsein in politischer Hinsicht voraussetzen muß, ist die Gegenargumentation seinerseits fragwürdig. Im weiteren Gespräch wurden durch Unterzeichner noch einmal die bekannten Westkontakte angeführt. " Igel " äußerte sich dahingehend, auf der Grundlage gemeinsamer jugendgemäßer Interessen sowie der Basis Fußball, " deutsch-deutsche Beziehungen zu unterhalten! Die WB Bürger verkehren auch im Elternhaus des " Igel " und sind diesen bekannt. Unterzeichner stellte fest, daß er seine Bekannten recht unkritisch auswählt. " Igel " wurde aufgefordert sich Gedanken dahingehend zu machen, daß es sich bei diesen Personen um Jugendliche handelt, die täglich durch die Massenmedien und Erziehung im Elternhaus sowie der Schule, antikommunistisch beeinflusst werden. Daraus resultierend beziehen sie keine positive Position, zu den staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR. " Igel " argumentierte, daß er seinen Freundes- und Bekanntenkreis in charakterlicher und moralischer Hinsicht einschätzen kann und nicht vor hat, diesen zu wechseln. Von diesem gehen nach seiner Ansicht in keiner Weise staatsfeindliche, rechtsextremistische Aktivitäten aus. Im Zusammenhang mit der geplanten Geburtstagsfeier wurde ihm noch einmal ausführlich dargelegt, in wessen Interesse die bekannten Maßnahmen eingeleitet wurden. " Igel " hat eingesehen daß die Veranstaltung nicht stattfinden kann und will seinen Beitrag zur Verhinderung leisten. Im Rahmen seiner Lehrausbildung will er ab Sept. Kraftsport trainieren. Die geplanten persönlichen Gespräche mit der Klassenlehrerin haben noch nicht stattgefunden. Bei der organisierten Klassenfahrt ist es zu keinen Vorkommnissen gekommen. Im weiteren Gesprächsverlauf wurde eine andere Basis zum " Igel " geschaffen, da seine Positionen in Bezug auf den Bekanntenkreis gegenwärtig verhärtet sind. Dem " Igel " wurde die Frage gestellt, ob es in der Vergangenheit in seinem Arbeitsbereich, ihm bekanntgewordene Disziplinarmaßnahmen zu Kollegen, aufgrund Betrügereien irgendeiner Art gab. Ihm ist ein " [REDACTED] " (Vorname) bekannt, der bei einer Brigadefeier des Kollektivs der HOG " [REDACTED] ", in genannter Gaststätte diese um mehrere Weinflaschen betrog und dafür an die

383
BStU
000035

Spüle strafversetzt wurde.

Unterzeichner legte dar, daß gegenwärtig im vorderen Restaurant Hinweise auf derartige Betrügereien geprüft werden.

" Igel " erklärte seine Bereitschaft, die Arbeit der VP zu unterstützen. In diesem Restaurant ist er überwiegend eingesetzt. Durch ihn können einzelne Personen begrenzt eingeschätzt werden.

Im Hotelrestaurant ist er in unregelmäßigen Abständen immer für eine Woche eingesetzt.

Bis zum 19.8.85 wird " Igel " seinen Jahresurlaub nehmen.

Es wurde vereinbart, daß er sich dann telefonisch (VP App.) melden wird. Unterzeichner will bis zu diesem Zeitpunkt konkretere Angaben in Bezug auf die Arbeitsstelle machen.

Resultierend aus dem Gespräch ist geplant, Verbindung mit der territorial zuständigen DE aufzunehmen um aussagefähig zu sein und bei vorhandenem Material die Arbeit zu unterstützen bzw. nicht zu beeinflussen.

A. Schollmeyer
Schollmeyer, Fw

5836

XX/2

Berlin, den 17.9.85
Scho 41 320

Scho
19.9.85

Vorschlag zur Ablage des IMS-Vorlauf " Igel "

Es wird vorgeschlagen, die Bearbeitung des

Nauert, Jost

BRD
000048

als IM-Vorlauf " Igel " einzustellen und die Akte zu archivieren.

Der **N.** sollte zur inoffiziellen Durchdringung des in der OPK " Freitag " bearbeiteten Personenkreises aufgeklärt werden.

Dort handelte es sich um Jugendliche, die zum Umgangskreis des **N.** gehören. Durch diese werden die Fußballspiele des 1. FCU besucht. Hier treten sie demonstrativ durch ihr äußeres in Erscheinung. Dieses entspricht sogenannten " Skinhead " - Gruppierungen aus der BRD und Westberlin.

Die Bearbeitung der genannten OPK wurde zwischenzeitlich eingestellt.

Resultierend aus der Kontaktaufnahme und den folgenden Gesprächen kann eingeschätzt werden, daß der **N.** subjektiv nicht geeignet ist, mit dem MfS inoffiziell zusammenzuarbeiten.

Es ist keine Bereitschaft vorhanden, konkrete Aufträge zu interessierenden Personen und Personenkreisen zu übernehmen.

Trotz seiner Funktion als FDO-Funktionär im Rahmen der Lehrausbildung, entspricht sein Bewußtseinsstand nicht den erforderlichen Voraussetzungen.

Durch den **N.** wurde wiederholt eine offene Ablehnung gegenüber der konspirativen Arbeitsweise des MfS geäußert und zum Ausdruck gebracht. So setzte er seine Eltern von den Gesprächen mit dem MfS in Kenntnis.

Wiederholte Vereinbarungen zur Verbindungsaufnahmen wurden durch den **N.** nicht realisiert.

Einer Gesprächsbasis auf seinen Arbeitsbereich bezogen stimmte der **N.** zu, negierte jedoch auch hier alle Vereinbarungen zur Verbindungsaufnahme.

Schollmeyer
Schollmeyer, Fw

*Die operative Kontrolle des **Nauert, Jost** in einem Bereich "Skinhead"-Gruppierung begründet die Notwendigkeit der weiteren Bearbeitung in einer OPK. Einleitung erfolgte im März 1987.*
Klein *Hahn* *24.87*

Abkürzungen und Erläuterungen

Abteilung XX/2	Abteilung „20“, Referat 2 des MfS, zuständig u. a. für die Überwachung „rowdyhafter, negativ-dekadenter“ Jugendlicher, die Überprüfung von Fällen „staatsfeindlicher Hetze“ und die Aufklärung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Zeit des Nationalsozialismus
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (gemeinsamer Staat Tschechiens und der Slowakei unter Führung einer kommunistischen Partei 1948 bis 1992)
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund der DDR
DE	Dienst Einheit, hier DE der VP
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (Gewerkschaft in der DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (Jugendorganisation in der DDR)
GST	Gesellschaft für Sport und Technik (Massenorganisation zur vormilitärischen Ausbildung)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS)
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS) zur Sicherung und Durchdringung eines bestimmten Bereiches
KD	Kreisdienststelle (des MfS)
MA	Mitarbeiter (des MfS)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
OPK	Operative Personenkontrolle (Überprüfung einer Person)
POS	Polytechnische Oberschule (allgemeinbildende Schule für alle Schulpflichtigen bis zur 10. Klasse)
Stabü-Unterricht	das Pflichtfach Staatsbürgerkunde. Es sollte allen Jugendlichen ab Klasse 7 Ursprung, Sinn und Ziel des Sozialismus vermitteln und sie zu Staatsbürgern im Sinne der SED erziehen.
Trapo-Amt	Dienststelle der Transportpolizei (seit 1957 eine Unterabteilung der Volkspolizei). Sie war zuständig für die Kontrolle größerer Bahnhöfe, des Zugverkehrs und von Fußballspielen.
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei. In dieser 1974 eingeführten Kartei wurden Personen registriert, die wegen geringer Vergehen auffällig geworden waren. Seit 1980 war die Führung von VSH-Karteien für alle Dienststellen des MfS verbindlich.
VP	Volkspolizei (Polizei der DDR)
VPI	Volkspolizeiinspektion (Dienststelle der VP)
WB-Bürger	Einwohner West-Berlins (politisch unkorrekte Abkürzung)

Abkürzungen und Erläuterungen

Wehrerziehungslager 1978 wurde in der DDR für alle Schülerinnen und Schüler ab Klasse 9 „Wehrkundeunterricht“ eingeführt. Der Unterricht bestand aus einem theoretischen Teil in den Schulen, einem Wehr- oder Zivilverteidigungslager der GST und den abschließenden so genannten „Tagen der Wehrbereitschaft“.

Zuführen vorläufiges Festnehmen Verdächtiger

Fragen zur Quelle

Fragen zur Quelle, Bl. 26-29

1. Wie schätzt die Stasi Josts politische Überzeugung ein?

Fragen zur Quelle, Bl. 32-35, 48

1. Arbeiten Sie die Gesprächstaktik des MfS beim ersten und zweiten Kontaktgespräch heraus.
2. Wie begründet Jost seine Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem MfS?
3. Erörtern Sie die Aussage des MfS-Mitarbeiters über seine Unterscheidung von „Spitzeldiensten“ und der Forderung nach Informationen durch das MfS.
4. Welche Gründe nennt der Mitarbeiter für das Scheitern der Zusammenarbeit?

Abschlussfrage zur Diskussion

Menschen, die den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus verharmlosen, leugnen oder dessen Verbrechen verherrlichen, begehen damit eine Straftat. Nationalsozialistische Symbole oder Verhaltensweisen zu zeigen ist verboten und wird von der Mehrheit der Gesellschaft verachtet. Das war in der DDR nicht anders als auch heute noch in der Bundesrepublik Deutschland.

War es gerechtfertigt, dass das MfS in der faschistisch auftretenden Skinhead-Szene versuchte, inoffizielle Mitarbeiter zu gewinnen statt sie zu bekämpfen und zu verhaften?

Begründen Sie Ihre Meinung.

Im Visier: Opposition in Potsdam

Eine 23-jährige Lehramtsstudentin aus Potsdam geriet zu Beginn des Jahres 1984 ins Visier des MfS als mögliche Kandidatin für eine inoffizielle Zusammenarbeit. Optimistisch legte die Stasi einen Vorgang an und plante, die Anwerbung im Frühjahr 1985 erfolgreich durchzuführen. Von einer Lehrerin erwarteten sie Staatstreue!

Eine intensive Überprüfung der Kandidatin folgte. Ihr Abiturzeugnis wurde eingeholt, Einschätzungen ihrer Persönlichkeit als Studentin durch andere IM erstellt, ihr Lebenslauf kopiert, ihre Post wurde gelesen, Westkontakte wurden geklärt, ihr Freundeskreis durchleuchtet.

Schließlich fand das erste Kontaktgespräch im Februar 1986 statt, als sie bereits Lehrerin war. Mitarbeiter des MfS besuchten sie zuhause, denn ihr Name sei gefallen im Café „Heider“, einem stadtbekanntem Treff von Oppositionellen. Da sie Lehrerin sei, erwarte man von ihr Vorbildfunktion. Und vorbildlich sei, wenn sie Namen dortiger Gäste nennen und Auskunft über sie geben würde.

Zum Schutz ihrer wahren Identität haben wir persönliche Angaben geschwärzt und nennen sie Charlotte Kling.

Dokument 1: Vorschlag zur Anlage eines IM-Vorlaufs, 9.2.1985

Dokument 2: Abschlussbericht zur Archivierung des IM-Vorlaufs, 26.7.1988

Abkürzungen und Erläuterungen
Arbeitsaufträge zu den Dokumenten

KD Potsdam

Potsdam, den 09. 02. 1985
I/neu-hnV o r s c h l a gzur Anlage eines IM-Vorlaufes und Plan der weiteren Aufklärung
zum IMS1. Bekanntwerden des Kandidaten

Kling, Charlotte

geb. am: .61 in Potsdam

wh. in :

BSTU

000010

wurde dem MfS durch IM-Informationen 1984 bekannt. Operativ bedeutsam ist, daß sie in ihrem Freizeitbereich Verbindungen und Kontakte zu Personen des Vorfeldes der postalischen Untergrundtätigkeit unterhält bzw. zu Sympathisanten mit pseudopazifistischen Gedankengutes.

2. Anforderungen an den Kandidaten

Ausgehend von der bisherigen Aufklärungsphase kann zum Kandidaten "Kerstin" eingeschätzt werden, daß sie für eine inoffizielle Zusammenarbeit geeignet erscheint. Im einzelnen werden an die Kandidatin nachfolgende Anforderungen gestellt:

a) objektive Merkmale

- gute bis ehr gute Allgemeinbildung,
- relative Selbständigkeit und Selbstsicherheit,
- festes Einschätzungs- und Urteilsvermögen,
- Einsatzbereitschaft und Pflichtbewußtsein,
- Lehrerin für Unterstufe.

b) subjektive Merkmale

- Bereitschaft zur inoffiziellen Zusammenarbeit,
- Bereitschaft interessierende Personen zu bearbeiten,
- Fähigkeit zum konspirativen Verhalten,
- Kontaktfähigkeit und Kontaktfreudigkeit,
- Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit,
- Objektivität in der Berichterstattung.

3. Notwendigkeit der Schaffung des IM / Einsatzrichtung

Die Kandidatin ist Unterstufenlehrerin, versieht einen guten Unterricht und besitzt einen gefestigten Klassenstandpunkt. Trotz dieser positiven Eigenschaften hat sie in ihrem Freizeitbereich umfangreiche Kontakte und Verbindungen zu Personen, die mit pseudopazifistischen Gedankengut in Erscheinung treten. Diese Kontakte wurden von der Kandidatin bisher vorrangig im Stadtgebiet von Potsdam unterhalten. Gelegentlich stellte sie auch ihre eigene Wohnung zur Abhaltung von Partys zur Verfügung.

BStU 000011

2

7

Aus dieser Sicht ergibt sich ein besonderes Aufklärungs- und Sicherungsbedürfnis und erfordert die inoffiziellen Aktivitäten der Bekämpfung der PUT zu erhöhen.

Die für die inoffizielle Zusammenarbeit gestellten Bedingungen sind beim Kandidaten objektiv gegeben. Nach Anlage eines IM-Vorlaufes und einer effektiven Kontaktphase wird die Werbung des IMS-Kandidaten bis Ende Juni angestrebt.

4. Ziele der weiteren Aufklärung und Überprüfung

Die Aufklärung in der Kontaktphase soll das Persönlichkeitsbild weiter vervollständigen.

Dabei geht es besonders darüber eine Aussage zu treffen, wie:

- . Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit,
- . Fähigkeiten zum konspirativen Verhalten,
- . Disziplin (Einhaltung der Trefftermine),
- . Einsatzbereitschaft über die normale Freizeit hinaus (Eigeninitiative, selbständiges Handeln im Rahmen vorgegebener Instruktionen, außerplanmäßige Verbindungsaufnahme bei operativ bedeutsamen Hinweisen),
- . Objektivität zu Personen und Sachverhalten,
- . Ergebnisse und Erfüllung ihrer übertragenen Aufträge.

Nach der Gegenüberstellung und Vergleich der Soll-Ist-Eigenschaften sowie der Fähigkeiten des Kandidaten erfolgt die Entscheidung der Werbung des IMS.

5. Maßnahmen der Überprüfung des Kandidaten

- Prüfen, welche IM zur Überprüfung des Kandidaten eingesetzt werden können (Ref. I, IMS "Torsten", IMB "Hedwig" der HA XX/9).
Es betrifft insbesondere die Überprüfung von Ehrlichkeit, Konspiration, Objektivität in der Berichterstattung sowie zu ihrem Freizeitbereich, die objektiven Möglichkeiten und ihrer tatsächlichen Informationen dazu.
- Einleitung Zielfahndung Abt. M
- Alle Hinweise und Informationen des IM-Kandidaten werden in der Aufklärungsphase und nach der Werbung auf Objektivität und Zuverlässigkeit geprüft.
- Aufklärung im Arbeits- und Wohnbereich.


ESTU
000012

3

8

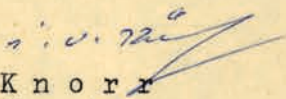
Die Maßnahmen zur Aufklärung und Überprüfung des Kandidaten
werden bis 30. 05. 1985 abgeschlossen.
Eine endgültige Entscheidung über die Werbung zum IMS erfolgt
am 30. 06. 1985.

Ref.-Leiter I


Arnim
Major

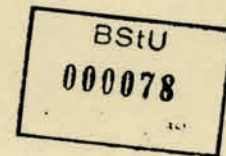

Neumann
Hauptmann

Leiter der Kreisdienststelle


Knorr
Oberst

68

Kreisdienststelle Potsdam

Potsdam, 26. 7. 1988
1/neu-sk

ABSCHLUßBERICHT

zur Archivierung des IM-Vorlauf Kling [REDACTED], Reg.-Nr. IV 240/85

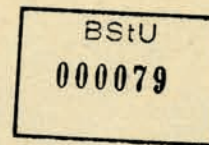
Der IM-Kandidat

[REDACTED]
Kling, Charlotte
[REDACTED]
[REDACTED]
.....
.....

wurde dem MfS aus IM-Informationen 1984/85 bekannt, als sie noch Studentin am Institut für Lehrerbildung in Potsdam war. Zu diesem Zeitpunkt war die K. für die KD Potsdam KK-erfaßt. Bei der Suche und Auswahl geeigneter IM-Kandidaten für die Linie XX/4 (Kirche) wurde am 15. 2. 1985 ein IM-Vorlauf angelegt. Am 27. 2. 1986 erfolgte das erste Kontaktgespräch. Zu diesem Zeitpunkt hatte die K. bereits ihre Lehrerprüfung abgelegt und war als Unterstufenlehrerin an der [REDACTED] in Potsdam tätig. Bereits beim ersten Kontaktgespräch bezog die K. von Anfang an eine ablehnende Haltung, über sich oder andere Personen zu informieren. So gab sie an, daß sie sich völlig zurückgezogen habe. Für sie gäbe es nur noch ihre Tätigkeit als Lehrerin und Privatleben. Über ihre früheren Verbindungen zu Personen aus dem Café "Heider" oder bei Partys in ihrer Wohnung sagte sie, daß sie diese aufgegeben habe.

Sowohl beim ersten als auch beim zweiten Kontaktgespräch sagte die K., daß sie kein Mensch sei, der andere Personen bespitzeln könnte. Sie ließ sofort erkennen, daß sie für eine inoffizielle Tätigkeit nicht bereit ist. Aufgrund dieser ablehnenden Haltung, die von ihr konsequent beibehalten wurde und vermutlich auch in ihrem Charakter begründet liegt (uneinsichtig, von sich nur eingenommen) wurden mit der K. keine konspirativen Sachverhalte oder Personen angesprochen.

69




2

Die **K.** gab zwar zu verstehen, daß die Tätigkeit des MfS notwendig ist, zeigte aber auf der anderen Seite keinerlei Bereitschaft, ihr Wissen über Personen und Sachverhalte ihres ehemaligen Umgangsgebietes preizzugeben. Da die **K.** nicht bereit war, über sich und Personen ihres Umgangsgebietes zu sprechen und eine Unterstützung des MfS schon mit Beginn des ersten Kontaktgesprächs ablehnte, wurde die Verbindung vorläufig abgebrochen.

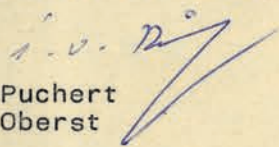
Eine Prüfung und Kontrolle hat ergeben, daß die **K.**, wie sie angab, keine operativ-bedeutsamen Verbindungen unterhält. Über die beiden Gespräche hat die **K.** im Lehrerkollektiv nicht gesprochen.

Aufgrund der ablehnenden Haltung der **K.** für eine inoffizielle Unterstützung des MfS und der nicht vorhandenen objektiven und subjektiven Voraussetzungen einer inoffiziellen Tätigkeit wird vorgeschlagen, den IM-Vorlauf **Kling** abzuschreiben und nicht gesperrt in der Abt. XII zu archivieren.

Referatsleiter


Arnim
Major
Neumann
Hauptmann

Leiter der Kreisdienststelle


Puchert
Oberst

Abkürzungen und Erläuterungen

Abt. XII	Abteilung „12“ (Archivabteilung des MfS)
Abt. M	Abteilung Postkontrolle der Stasi
abzuschreiben	aufzugeben
Aufklärung	hier: Gewinnung von Erkenntnissen
Gefestigter Klassenstandpunkt	hier: die Meinung der SED vorbehaltlos teilen und unterstützen
HA XX/9	Hauptabteilung „20“/Abteilung 9 des MfS, zuständig für die Überwachung von Dissidenten und Oppositionellen
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS) „zur Sicherung und Durchdringung“ eines bestimmten Bereiches
KK-erfasst	Kerblock-Kartei-Erfassung (Art der Datenspeicherung)
Linie XX/4	Hauptabteilung „20“/Abteilung 4 des MfS zur Überwachung der Kirche
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
PUT	Politische Untergrundtätigkeit (Bezeichnung des MfS für oppositionelle Aktivität)
Ref.1	Referat der Kreisdienststelle Potsdam des MfS, zuständig für die Überwachung und Kontrolle von Jugend, Kirche und Volksbildung

Fragen zur Quelle

Fragen zur Quelle, Bl. 10-12

1. Formulieren Sie anhand der objektiven und subjektiven Merkmale aus, was für eine Persönlichkeit die Stasi sucht. Finden Sie – nach Ihrem Verständnis der Merkmale – Widersprüche zwischen den gesuchten Eigenschaften und dem angestrebten Verwendungszweck der Person?
2. In drei Unterpunkten taucht die Anforderung „Ehrlichkeit“ auf. Interpretieren Sie, was die Stasi darunter versteht.

Fragen zur Quelle, Bl. 78, 79

1. Wie begründet Charlotte Kling, dass sie nicht mit dem MfS zusammenarbeiten wird?
2. Wie begründet die Stasi den Fehlschlag, Charlotte Kling als IM anzuwerben?
3. Schätzen Sie ein, was hier eher den Tatsachen entspricht: ihre Weigerung oder die Einschätzung des MfS?

Abschlussfrage zur Diskussion

Lehrerinnen und Lehrer sind auch in der Bundesrepublik Deutschland zu einer besonderen Treue gegenüber dem Staat verpflichtet.

Diskutieren Sie, ob Sie diese besondere Staatstreue berechtigt finden.

Diskutieren Sie, ob die Forderung der Stasi an die Lehrerin angemessen war.

Im Visier: Schule

Da Schülerinnen und Schüler als Inoffizielle Mitarbeiter naturgemäß immer nur für wenige Jahre Berichte über ihr schulisches Umfeld abliefern konnten, wurde nach Auffassung der Stasi 1988 wieder einmal die Verpflichtung neuer Informanten an der Erweiterten Oberschule Boizenburg nötig.

Nach einer systematischen Suche legte die MfS-Dienststelle zu einem Schüler der 10. Klasse eine IM-Vorlauf-Akte an. Er passte präzise in das Anforderungsprofil. Nach zwei unter falschem Vorwand geführten Kontaktgesprächen wurde im Aussprachezimmer des Rates der Stadt das Werbungsgespräch durchgeführt.

Zum Schutz seiner Identität haben wir den Namen des Schülers und einige private Angaben hier geschwärzt und nennen ihn Klaus Schreiber.

Dokument 1: Anforderungsbild für einen IMS aus dem Bereich Jugend, 1.5.1988

Dokument 2: Bericht über das Bekanntwerden des IM-Kandidaten, 1.6.1988

Dokument 3: Abschlussbericht zum IMS-Vorlauf, 5.9.1988

Abkürzungen und Erläuterungen

Arbeitsaufträge zu den Dokumenten

Kreisdienststelle Hagenow

Hagenow, 01. Mai 1988

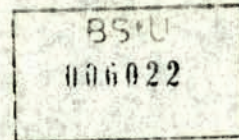
Bestätigt:
Leiter der Kreisdienststelle*J. V. Eichhorn*
Eichhorn
OberstleutnantBSU
000021Anforderungsbildfür einen IMS aus dem Bereich Jugend - Schwerpunkt EOS Boizenburg

Die Werbung ist Bestandteil des Jahresarbeitsplanes des Leiters der Kreisdienststelle und liegt begründet in den politisch-operativen Erkenntnissen und der Angriffsrichtung feindlicher Stellen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der ständigen Suche, Auswahl und Gewinnung jugendlicher IM aus dem Bereich der EOS Boizenburg.

Insbesondere ist zu verzeichnen, daß der Gegner versucht, Jugendliche über emotionale und moralische Aktivitäten für seine feindlichen Ziele zu gewinnen und letztendlich zu mißbrauchen.

Da die politisch-operativen Grundlagen zur wirksamen Lagebeherrschung im Sicherungsbereich EOS ungenügend ausgeprägt sind, ergibt sich die politisch-operative Notwendigkeit, diesen Bereich zielgerichtet zu durchdringen und wirksamer vorbeugend tätig zu werden. Davon ausgehend muß der IM-Kandidat folgenden Anforderungen gerecht werden:

- Der IM soll im Raum Hagenow und höhere Umgebung wohnhaft sein und die 10. Klasse einer EOS besuchen.
- Der IM muß ab September 1988 die EOS Boizenburg besuchen.
- Der IM muß die Bereitschaft aufweisen, zu operativ-interessanten Jugendlichen Kontakt zu schließen.
- Der IM soll insgesamt eine positive politische Grundeinstellung besitzen.
- Er soll fähig sein, unter Jugendlichen im Sinne des MfS wirksam zu werden.
- Besondere Ansprüche an das Geschlecht des IM werden nicht gestellt.



2

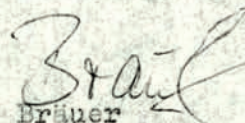
- Der IM muß trotz seines Alters die geistigen Voraussetzungen - nach entsprechender Schulung und Instruierung - besitzen, Einschätzungen und Wertungen zu Personen bzw. Sachverhalten zu treffen und darüber zu berichten.
- Erforderlich ist die Beachtung der Problematik der Verschwiegenheit bei dem jugendlichen IM. Es muß bei ihm die Bereitschaft hervorgerufen werden können, die Methoden der Konspiration und Geheimhaltung durchzusetzen.
- Der IM muß führbar und lenkbar sein, um entsprechende Informationen zu erarbeiten. Er muß in der Lage sein, operativ-relevante Sachverhalte zu erkennen und die Perspektive für den Einsatz unter Studenten an einer Hoch- bzw. Fachschule besitzen.

Referatsleiter 1

i. V.

Grindel
Hauptmann

Operativer Mitarbeiter

Bräuer
Oberfeldwöbel

6

Kreisdienststelle Hagenow

Hagenow, 01. Juni 1988

Bestätigt:
Leiter der Kreisdienststelle

J. v. Steine, Major
Eichhorn
Oberstleutnant

BS+U
006023

B e r i c h t

über das Bekanntwerden des IM-Kandidaten

Die Person

Schreiber [redacted] Klaus [redacted]
geb. am: [redacted] 1971
wohnhaft: 2820 Hagenow, [redacted]

wurde bei der zielgerichteten Suche und Auswahl von geeigneten IM-Kandidaten zur politisch-operativen Sicherung des Bereiches der EOS Boizenburg bekannt. Zur Auswahl des Kandidaten wurden die Möglichkeiten der Abt. Völk. Bildung Hagenow genutzt und Ermittlungen durchgeführt.

Aus den vorliegenden Einschätzungen zum IM-Kandidaten geht hervor, daß dieser Schüler der 10. Klasse ist, sehr gute schulische Leistungen aufweist und ab September 1988 die EOS Boizenburg besuchen wird.

Das Verhältnis des Kandidaten zu seinen Mitschülern wird als sehr gut eingeschätzt. Er besitzt eine geachtete und anerkannte Stellung im Kollektiv seiner Klasse.

Sein altersgemäßer politischer Standpunkt kann als positiv eingeschätzt werden und ist bereits relativ gefestigt.

Es wird vorgeschlagen, den IM-Kandidaten in einem IM-Vorlauf weiter aufzuklären.

Referatsleiter 1
i. V.

Grindel
Grindel
Hauptmann

Operativer Mitarbeiter

Bräuer
Bräuer
Oberfeldwebel

Kreisdienststelle Hagenow

Hagenow, 5. Sept. 1988

Bestätigt:
Leiter der Kreisdienststelle

Eichhorn
Eichhorn
Oberstleutnant

A b s c h l u ß b e r i c h tzum IMS-Vorlauf "Klaus" - Reg.-Nr. II 721/88

Der Kandidat

Schreiber

Klaus

PKZ:

wohnhaft:

Hagenow,

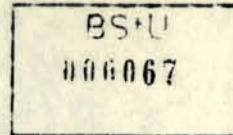
wurde bei der zielgerichteten Suche und Auswahl von geeigneten IM-Kandidaten zur politisch-operativen Sicherung und Durchdringung des Bereiches der EOS Boizenburg bekannt und zu ihm ein IM-Vorlauf eingeleitet.

Auf der Grundlage der geführten Kontaktgespräche und des Vorschlages zur Verpflichtung wurde mit dem Kandidaten am 10. 8. 1988 das Werbungsgespräch im Aussprachezimmer des Rates der Stadt Lübbtheen durchgeführt.

Das Gespräch wurde methodisch entsprechend dem Plan der Werbung durch den unterzeichneten Mitarbeiter geführt. Nach den Darlegungen über die Notwendigkeit der Arbeit des MfS wurde dem Kandidaten die Frage nach seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit unserem Organ gestellt.

Der Kandidat äußerte hierzu, daß er formal zu Gesprächen bereit ist, jedoch eine generelle Zusammenarbeit strikt ablehne.

Nach seinen Gründen für diese Haltung befragt, brachte der Kandidat zum Ausdruck, daß er keine Notwendigkeit für eine inoffizielle Zusammenarbeit in der heutigen Zeit erkennt. Seiner Auffassung nach müsse es hierfür andere Möglichkeiten geben, da durch die konspirative Arbeit die Menschen in unserem Staat zu Duckmäusern und Denunzianten erzogen würden und eine Offenheit nicht existieren könnte. Weiterhin äußerte er, er könnte keinen anderen Menschen hintergehen und mit zwei Gesichtern leben; dies würde er mit seinen "menschlichen Gefühlen" nicht in Einklang bringen.



2

41

Auf diese Äußerungen des Kandidaten wurde eingegangen und dargelegte Auffassungen widerlegt, wobei nochmals bekannte aktuelle Angriffe des Gegners dargestellt wurden.

Danach wurde der Kandidat erneut zu seiner Haltung befragt. Dabei antwortete der Kandidat, daß seine erste Antwort bestehen bleibt.

Trotz weiterer offensiver Argumentationen beharrte der IM-Kandidat hartnäckig auf seine ablehnende Haltung in bezug auf die inoffizielle Zusammenarbeit.

Im Gespräch war im Gegensatz zu den Kontaktgesprächen erkennbar, daß der Kandidat zu vielen Fragen des täglichen Lebens und der Politik intellektuelle Auffassungen besitzt und andere Meinungen nicht gelten läßt. Dabei neigt der Kandidat zu einer Selbstüberschätzung.

Es kann weiterhin eingeschätzt werden, daß es in der weiteren Zukunft einer zielstrebigem Erziehungsarbeit mit dem Kandidaten bedarf, um bei ihm tatsächlich ideologische klassenmäßige Haltungen herauszuarbeiten, da er diese nur in begrenztem Maße besitzt.

Aufgrund der ablehnenden Haltung des IM-Kandidaten und seiner nicht vorhandenen Bereitschaft zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS wird vorgeschlagen, den IM-Vorlauf abzuschließen und in der Abteilung XII der BV Schwerin zu archivieren.

Leiter des Ref. 1

Operativer Mitarbeiter

i. V.

Grindel
Hauptmann


Bräuer
Oberfeldwebel

Abkürzungen und Erläuterungen

Abteilung XII	Abteilung „12“ des MfS (Archivabteilung)
BV	Bezirksverwaltung des MfS
EOS	Erweiterte Oberschule (zum Abitur führende Schule in der DDR mit den Klassenstufen 11 und 12)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS)
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter „zur Sicherung und Durchdringung“ eines Verantwortungsbereiches
Kollektiv	hier: Klassengemeinschaft
Operativ	dem Zweck entsprechend; in der Praxis; in der praktischen Umsetzung
POS	Polytechnische Oberschule (allgemeinbildende Schule in der DDR bis Klassenstufe 10)

Fragen zur Quelle

Fragen zur Quelle, Bl. 21, 22

1. Erläutern Sie, welche Eigenschaften das Anforderungsbild für einen Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) festlegt.
2. Arbeiten Sie heraus, weshalb die Anwerbung eines IM laut Stasi notwendig ist.

Fragen zur Quelle, Bl. 23

1. Wie wird die Stasi auf Klaus aufmerksam?

Fragen zur Quelle, Dok. 66, 67

1. Wie stellt die Stasi ihr eigenes Vorgehen und das Verhalten von Klaus dar?
2. Wie begründet Klaus seine Ablehnung einer Zusammenarbeit?
3. Interpretieren Sie die Stasi-Aussage, Klaus habe eine „intellektuelle Auffassung“.

Abschlussfrage zur Diskussion

2002 tötete ein Schüler am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt in Thüringen 16 Menschen und sich selbst, 2009 tötete in Winnenden und Wendlingen in Baden-Württemberg ein Schüler in der Albertville-Realschule und deren Umgebung 15 Menschen und sich selbst, elf weitere Menschen verletzte er teilweise schwer. Hinzu kommen etliche gewalttätige Übergriffe von Schülern auf Lehrer, gezielter Mord, knapp verhinderte weitere Amokläufe an Schulen.

Rechtfertigen Vorkommnisse wie diese Ihrer Meinung nach auch heutzutage eine stärkere Wachsamkeit der Sicherheitsorgane? Wäre es Ihrer Meinung nach gerechtfertigt, wenn heimlich auch für Sicherheitsorgane arbeitende Lehrerinnen oder Lehrer, Schülerinnen oder Schüler auch an Schulen ein besonderes Augenmerk auf die Sicherheit aller legen würden? Was spricht dafür, was dagegen?